

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Abonnementspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 150 G.-Pfg. bei Selbstabholung 140 G.-Pfg. — Einzelnummer 10 G.-Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: Nr. 22721 u. 24596. Telefon für die Inseraten-Abteilung Nr. 22721. **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Taubauer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13893. — **Verlag in Leipzig,**
Taubauer Straße 19/21 — Telefon 24596

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelle 30 G.-Pfg., bei Platzvorrat 25 G.-Pfg., Familienanzeigen von Privaten die 10gep. Kolonelle 15 G.-Pfg., Reklamezeile 1.50 Goldm., Inserate v. ausw.: die 10gep. Kolonelle 35 G.-Pfg., bei Platzvorrat 40 G.-Pfg., Reklamezeile 1.75 Goldm. Annahme bis 9 Uhr vorm.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Vorkrämer, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Die Ermordung des Genossen Matteotti.

Mussolini schweigt. — „Die Regierung ist mitschuldig“.

Ueber die neueste Schandtat der italienischen Faschisten erhalten wir aus Italien von berufener Feder folgende Darstellung:

Bei geöffneter Kammer hat man in der Hauptstadt Italiens am helllichten Tage einen Abgeordneten auf offener Straße paden, überwältigen und in ein Automobil verladen können, ohne daß man bis Sonnabend, viermal 24 Stunden nach der Tat, auch nur wüßte, wo sich der Ueberfallene befindet, ob er lebt oder tot ist. Die Polizei hat die Schuldigen, das heißt die materiellen Ausfühler der Tat in Händen, aber sie gibt an, bis zur Stunde nicht zu wissen, ob der getraute Genosse Matteotti lebt oder tot ist. Die unglückliche Gattin hat gestern vom Ministerpräsidenten die Herausgabe der Leiche gefordert und hat zur Antwort erhalten, daß er nicht die Hoffnung aufgegeben hat, ihr den Abgeordneten lebend wieder zuzuführen.

Wir haben diese Hoffnung, daß Matteotti noch am Leben ist, aufgegeben. Heute, wo man die Namen der Verhafteten kennt, weiß man auch, daß er in Hände gefallen ist; die eine lange Erfahrung im politischen Mord haben. Wie könnte er gesohnt worden sein, der Beste in unseren Reihen, der Tapferste, der Mann der größten Umgebung und des höchsten Wagnisses? Man muß es schon sagen: man hat hoch hinauf geklickt. Man hat im Parteisekretär der Einheitssozialisten das Herz untrer Bewegung getroffen, einen Mann, wie er selten einer Partei in ihrer schwersten Stunde vom Schicksal beschert wird. Heute, wo alles in uns zittert vor Schmerz, Entzütung und Abscheu, können wir der Persönlichkeit Matteottis keinen Nachruf schreiben; das bleibe einer ruhigeren Stunde vorbehalten. Heute genügt es zu sagen, daß die Würde auf Edelwild geklickt haben. Nicht blinder Haß, nicht Leidenschaft hat ihnen die Hand geführt, sondern eine kluge, kalte Berechnung, die den Menschen einschätzte in dem, was er als politische und sittliche Kraft darstellte und dann diese Kraft vernichtete.

Am Dienstag, dem 10. Juni, nachmittags gegen 4 Uhr hat Matteotti seine Wohnung verlassen, nachdem er seiner Frau gesagt hatte, er käme zum Abendessen zurück. Als er am Mittwoch nicht zurück war, meldete die Gattin sein Verschwinden der einheitssozialistischen Parlamentsfraktion, die den Fall sofort der Polizei unterbreitete. Erst jetzt, als die Sache öffentlich bekannt war, stellten sich Zeugen ein, die die gewaltsame Verschleppung unseres Genossen gesehen hatten und zu feige gewesen waren, sie anzudeuten. Belleicht war ihnen auch die Ueberwältigung eines Mannes durch fünf andre auf offener Straße als eine seiner weiteren Beachtung werthe Erscheinung, als ein in den Rahmen untrer politischen Gesplogenheiten sich harmonisch einfügendes Bild erschienen. Als die Sache anrühlich wurde, fanden diese tapferen Bürger den Mut der Rede und es fand sich auch einer, der die Nummer des Autos aufgegeben hatte. Damit hatte man die Spur der Mörder in Händen. Das Auto war von der Garage Tomassini ausgeliehen worden, einer Garage, die die Autos für das Ministerium des Innern liefert. Auf ein Bittelt des Ministeriums des Innern ist das Auto dem Chauffeur des Chefredakteurs des faschistischen Corriere Italiana ausgeliefert worden; der Chefredakteur heißt Filippo III und beschuldigte in einer Nummer seines Schweineblattes den Genossen Matteotti der moralischen Mitschuld an der Ermordung des Faschisten Boninsigni in Paris. Das Auto wurde am Donnerstagabend, also nach 54 Stunden, in einer andern Garage abgeliefert, schmuckig, mit einer zertümmerten Scheibe, mit abgefahrenen Reifen, als ob es eine Fahrt durch halb Italien hinter sich hätte. Die Polizei hatte nicht daran gedacht, die Garage überwachen zu lassen, obwohl das sehr nahegelegen hätte, da die Schuldigen höchstwahrscheinlich die Maschine nicht auf offener Landstraße hätten stehen lassen. Unter den Verhafteten befindet sich ein bekannter Faschistenführer der Toskana, ein gewisser Dumini, der die Straflosigkeit des politischen Mordes im heutigen Regime am eigenen Leibe erfahren hat, da er bereits fünf politische Morde begangen hat. Der Bruder eines von ihm ermordeten Genossen hat ihm zwar eine Kugel in den Nacken gejagt, die aber leider nicht jenem verruchten Leben ein Ende machte. Wir haben also mit einem Habitus des politischen Verbrechens und der politischen Straflosigkeit zu tun. Es will uns unglaublich scheinen, daß die Polizei, die diese Mächte in Händen hat, von keinem von ihnen zur Stunde erfahren konnte, wo sich die Leiche unseres Genossen befindet. Zu mittelalterlichen Verbrechen gehörte eigentlich auch ein mittelalterliches Gerichtsverfahren. Früher kostete man diese Leute, um ihnen

die Zunge zu lösen; heute läßt man ein unglückliches Weib mit ihren verwaisenen Kindern, eine unglückliche alte Mutter auf der Folter der entschleiften Ungewißheit.

Soweit die eigentliche Verbrecherchronik. Nun die politische Seite. Am Schluß der Donnerstagstzung gab Mussolini wirklich die folgenden Erklärungen ab:

„Ich glaube, daß die Kammer mit Angst Nachrichten über das Schicksal des Abgeordneten Matteotti erwartet, der am Nachmittag des vorigen Dienstag verschwand ist, unter zur Zeit noch nicht genau bekannten Umständen des Ortes und der Stunde, die aber die Hypothese eines Verbrechens rechtfertigen, das die Regierung und das Parlament erschüttern und entzüteln muß. Sobald ich von dem Vorfalle benachrichtigt wurde, habe ich strenge Befehle erteilt, damit in Rom, außerhalb Roms und an den Grenzstationen schnelle und eingehende Nachforschungen stattfinden. Die Polizei ist schon auf den Spuren, die sich aus faschischen Elementen und aus Verbrechengründen ergeben, und wird nicht vernachlässigen, um die Schuldigen zu verhaften und der Justiz zu übergeben.“

Weiter nichts. Darauf nahm der Kammerpräsident das Wort, der erklärte, durch die Worte Mussolinis etwas erleichtert zu sein und der der unglücklichen Familie den Wunsch und die Hoffnung aussprach, den Vermissten unverletzt wiederzufinden. Es folgte im Auftrag der Parlamentsfraktion der Einheitssozialisten, Genosse Gonzales:

„Es ist also wahr, daß in Rom, dem Sitze des Parlaments, bei offener Kammer, ein Abgeordneter der Opposition angefallen und verschleppt werden konnte, ohne daß man nach drei Tagen weiß, ob und wie er uns zurückgebracht werden wird. Die Worte des Kammerpräsidenten, die die Gewähr aller von der Nation Gewählten darstellen, und des Ministerpräsidenten, des Wächters der Gesetze, entsprechen nicht unsern Erwartungen. Sie klingen wie Erklärungen über eine einfache Verwaltungsangelegenheit. Im Namen meiner Fraktionskollegen, mit denen sich alle Fraktionen der Opposition unbedingt und ungeteilt solidarisch fühlen, erhebe ich hier Anklage gegen das ungeheure Verbrechen.“

Es folgt eine Todesstille in der Aula. Dann erschallt bröhnend die Stimme des Republikaners Chiesa: „Die Regierung hat das Wort!“ Mussolini bleibt kumm; man könnte eine Pflanze hören, so still ist es. Und in diese Stille hinein ruft der Abgeordnete Chiesa die Worte, die über die Wände des Parlaments in das Land, über das Tagesereignis in die Geschichte hinausdröhnen: „Die Regierung schweigt! Die Regierung ist mitschuldig!“

Die Worte entzüteln einen Tumult, mit den üblichen Versuchen zu Handgreiflichkeiten. „Zurückziehen soll er!“ brüllt die Mehrheit. Turati ruft dem Kammerpräsidenten zu: „Macht doch ein Ende mit dem Getöse. Wenn er zurückzieht, ist es eine Heuchelei!“ Als Chiesa endlich zu Worte kommt, sagt er: „Niemand wird glauben, daß ich den Ministerpräsidenten einen Mitschuldigen, keine Faschisten verbrecherische Schutze genannt habe. Ich habe gesagt: Die Regierung hat das Wort, und die Regierung hat geschwiegen.“ Zu dieser Erklärung bemerkt Mussolini beim Verlassen des Regierungstischs: „Chiesa hat nichts zurückgezogen. Wir werden darauf zurückkommen.“

Angesichts der Situation beschlossen die zum erstenmal zu gemeinsamem Vorgehen vereinigten Oppositionen, von den Kommunisten bis zu den Kerikalern, bis auf weiteres den Kammerzungen fern zu bleiben. Bei der Sitzung am Freitag waren also die Faschisten unter sich; nur die Giollittianer, die ja nicht zur Opposition gehören, waren zugegen. Man hat die Gelegenheit benützt, das zur Diskussion stehende Budgetprovisorium gegen 7 Stimmen anzunehmen und die Kammer zu vertragen. Zum Budgetprovisorium hätte Genosse Matteotti, der eine hohe Kompetenz in Finanzsachen hatte, das Wort nehmen sollen...

In dieser Sitzung, in der nur seine Mehrheit zugegen war, hat Mussolini die nachstehenden Erklärungen abgegeben, die wir, ihrer geschichtlichen Bedeutung wegen, im Wortlaut wiedergegeben:

„Sie haben meine gestrigen Erklärungen gehört; ich konnte kein Wort weniger und kein Wort mehr sagen. In jenem Augenblick war ich der Vertreter des Gesetzes und der Exekutivgewalt; ich mußte sagen, und ich wiederhole es, daß die Schuldigen aufgepärrt und der Justiz übergeben werden würden.“

Die ersten Nachrichten von dem Verschwinden erhielt man am Mittwoch um 6 Uhr nachmittags; in den nachfolgenden 24 Stunden hat die Polizei die Namen aller Teilnehmer festgestellt; obwohl sie, durch die Verspätung begünstigt, nach verschiedenen Gegenden abgereist waren, ist einer von ihnen, und zwar Dumini, gestern Abend in Rom verhaftet worden; ein andrer wurde in Mailand verhaftet, ein gewisser Putato, ein dritter in Florenz, Mazzuoli. Die andern drei oder vier sind umgingelt, und wenn man weniger Glück gemacht hätte, wären sie wahrscheinlich schon im Gefängnis.

Wir verfolgen die Situation von Stunde zu Stunde; ich glaube, daß die Polizei heute oder spätestens in der Nacht alle Teilnehmer der Missetat verhaftet haben wird.

Ich brauche nicht zu sagen, daß ich mich den Erklärungen der Korredner vollkommen anschleße. Von allen in dieser Aula habe ich das Recht, von Schmerz und Mut erfüllt zu sein („essere addolorato ed esasperato“). (Sehr richtig!). Nur ein Feind von mir, der seit langen Nächten etwas Diabolisches ausgeheckt hätte, konnte dieses Verbrechen ausführen, das uns mit Grauen erfüllt und uns einen Schrei des Entsetzens abnötigt.

Sie wissen, daß ich in meiner Rede vom Sonnabend in gewissem Sinne die Stellung der Kammer überwinden hatte, über den Begriff der Mehrheit und Minderheit hinausgegangen war, mich direkt mit der Seele des Volkes in Verbindung gesetzt hatte. (Sehr richtig!) Das Land, die Nation hatte in ihren tiefsten und lebenswichtigsten Schichten meine Worte mit tiefster Befriedigung aufgenommen. Durch die warmen Worte des Kriegsblinden Del Croiz und durch meine war eine gewisse Eintracht und Friedigung ins Land gedrungen. Ich konnte ohne falsche Bescheidenheit sagen, daß ich halb am Ziele meiner Mühen war, an der Vollendung meines Wertes, und gerade in diesem Augenblick stört das Geschick, die stumpfsinnige Rohheit, das Verbrechen, diesen Prozeß moralischen Wiederaufbaus, wenn auch nicht, wie ich glaube, in unheilbarer Weise.

Die Lage, meine Herren, ist außerordentlich schwierig. Was gestern in dieser Aula geschehen ist, kann als Symptom von der Regierung nicht übersehen werden. Wenn es sich darum handelt, die Tat zu beklagen, wenn es sich darum handelt, zu verurteilen, das Opfer zu beklagen, in der Verfolgung aller Schuldigen und aller Verantwortlichen vorzugehen, so wiederholen wir, daß das mit Aufricht und ohne Erbarmen geschehen wird. Wenn man aber aus dieser tiefstaurigen Episode den Anlaß zu ziehen, anstatt zu einer tieferen Veröhnung der Gemüter auf Grundlage der Erkenntnis, daß die Nation die Eintracht braucht, sie zu einer politischen Spekulation ausnützen wollte, die nach der Regierung zielt, dann soll man deutlich wissen, daß die Regierung sich zur Wehr setzt, daß sie sich um Gewissen (Beifall) und in dem Bewußtsein, ihre Pflicht getan zu haben, und sie weiter zu tun, alle Mittel anwenden würde, um dieses Spiel zu vereiteln, das die Seelen der Italiener nicht zur Eintracht führen würde, sondern sie in immer tieferen Zwist stürzen müßte. Das müßte gesagt werden, weil die Symptome nicht fehlen.

Das Gesetz wird seinen Lauf nehmen; die Politik wird die Schuldigen dem Gericht überstellen, das die Angelegenheit in die Hand nehmen und die nötigen Verhaftungen veranlassen wird. Mehr kann man von der Regierung nicht fordern. Wenn Sie mich ermächtigen, standrechtlich vorzugehen (Zwischenruf: Nein, nein!) so wird standrechtlich vorgegangen werden. Solange man das nicht fordern kann und fordern soll, muß man die Kerren im Raum halten und es ablehnen, aus einer verruchten und idiotischen Episode eine Frage allgemeiner Politik und der Regierungspolitik zu machen. Die Nation zeigt in tausend Weisen ihr Vertrauen auf die Regierung in dem, was dieser als Exekutivgewalt obliegt, und ich sage Ihnen, als Vertretern der Nation, daß dies Vertrauen nicht getrübt werden wird. Gerechtigkeit wird warten, muß warten, denn wie einer von Ihnen gesagt hat, handelt es sich um ein Verbrechen gegen den Faschismus, gegen die Nation. Noch ehe es grauenhaft ist, erscheint es als eine demütigende Dummheit. Man kann in solchen Fällen nicht jögern vor einer scharfen Scheidung zwischen dem, was Politik und dem, was Verbrechen ist. (Beifall.)

In andern Gegenden Italiens habe ich bemerkt, daß diese Unterscheidung immer tiefer, immer schärfer, immer klarer sein muß, denn wir lieben unsere Idee und werden diese Idee, diese Leidenschaft, dieses Märtyrertum verteidigen auch mit dem Leben, wir wollen, daß die guten Bürger Italiens nicht verwechselt werden und nicht verwechselt, daß sie den Bereich der Desinquenz von dem des Ideals und des Opfers unterscheiden. Das ist meine Pflicht. Diese Pflicht wird erfüllt werden.“ (Alle Abgeordneten stehen auf und applaudieren lebhaft und lange.)

Wir wollen diese Rede nicht kommentieren. Teils kommentiert sie sich selbst, teils ist es zu früh, ihren ganzen Sinn auszuschöpfen. Hervorheben wollen wir, daß der Vorschlag der standrechtlichen Erschießung der Schuldigen die einzigen Zeugen beseitigt hätte, ewig stumm gemacht, wie unsern Genossen Matteotti, so daß man nie erfahren hätte, in wessen Auftrag der Mord geschehen ist.

Es sei nur folgendes gesagt: Eine so wohlvorbereitete Tat ist zu einem Zweck ausgeführt worden. War es den Herren Dumini und Genossen nur darum zu tun, wieder einmal Blut zu sehen, so konnten sie sich diese Befriedigung straflos verschaffen, durch Ermordung irgendeines „Unbekannten“ in der Provinz. Es wurde also ein bestimmter Zweck verfolgt. Entweder hatte Genosse Matteotti Dokumente, die jemand kompromittierten — und das könnten Dokumente über die Umstände sein, unter denen die Regierung die Eröffnung der Spielhöhlen in Italien erlaubt hat — dann hat man ihn im Auftrag der Interessenten getötet. Das Auto war von dem Direktor einer faschistischen Zeitung im Namen des Ministeriums des Innern genommen worden. Oder aber es gibt innerhalb der faschistischen Partei (außerhalb dieser ist keine der Instrumente der Tat und kein Auftraggeber zu suchen) Elemente, die systematisch die Befriedigung der Geister bekämpfen. Diese Elemente wollen den alten Geist des Bürgerkrieges nicht einschlafen lassen. Auf jedes Wort zum Frieden

(und in seiner Rede am Schluss der Thronrede hatte
bei Mussolini zum Frieden gesprochen), antworten sie durch neue
Mittel.

In dem einen wie in dem andern Fall gibt es für die sozialistische
Regierung nur ein Mittel, sich moralisch zu behaupten: sie lasse die
Forderungen der Justiz bis an die höchsten Stellen dringen, und
lasse sie ins eigene Fleisch schneiden. Tut sie das nicht, so werden
alle Gefängnisinsaneren Italiens nicht die genug sein, um den Schrei
des Abgeordneten Chieci zu ersticken. Die Drohungen verlangen
heute nicht; wenn die Lebendigen schweigen, wird der Tote reden.

Die Internationale zur Ermordung Matteottis.

SPD. Das Sekretariat der Sozialistischen Ar-
beiter-Internationale hat anlässlich der Ermordung
Matteottis folgendes Schreiben an die Sozialistische
Partei Italiens geschickt:

Bis zur letzten Minute hofften wir — nun ist es traurige Ge-
wissenheit: Matteotti ist tot! Unser Schmerz ist um so bren-
nender, da wir noch vor kurzem tagelang mit ihm in London zu-
sammen waren. Wir besprachen mit ihm eingehend die Aufgaben
des proletarischen Kampfes in Italien, und wir schlossen immer wie-
der, da spricht nicht nur ein mutiger, arbeitsfreudiger Mann, son-
dern ein ganzer Mensch, der für die Sache, der er sein Leben ge-
wehrt, jedes Opfer zu bringen bereit ist. Matteotti war eine der
großen Hoffnungen für den Wiederaufbau der sozialistischen Be-
wegung Italiens, für den mutigen unbedingten Widerstand gegen
den grausamen Terror des Faschismus, dem ihr ausgeliefert seid.
Wir trennten uns, ihn in Wien in der Sitzung der Exekutivkomitee der
Sozialistischen Arbeiterinternationale wiederzusehen. Mussolini
hat ihm den Pakt verweigert. Er war gezwungen, im Macht-
gebiet der Faschisten zu bleiben, und sie haben nicht gespart, der
Fülle ihrer Untaten die Krone aufzusetzen.

Mit der strengen Objektivität und kritischen Gewissenhaftig-
keit des wissenschaftlichen Forschers hat Matteotti die Greuel-
taten des Faschismus gesammelt, sie nach Städten und Mo-
naten geordnet, und sie ohne Kommentar veröffentlicht. Aber
diese nützliche Sammlung von Tatsachen in seinem Buche Das
erste Jahr des Faschismus wurde die flammendste Anklage
gegen die Schreckensherrschaft Mussolinis. Er war mitten
in der Arbeit für die zweite Auflage dieses Buches, für seine
Ausbehnung auf das zweite Jahr des Gewaltregimes in Italien.
Nun ist er selbst zum Blutzeugen dieses zweiten Jahres des
Faschismus geworden. Der Chronist ist in die Chronik eingegangen.
Sein Leben und sein Streben werden aber nicht umsonst gewesen
sein. In die Proletarier aller Länder wird das Schicksal Matteottis
neuerlich das Bewusstsein pflanzen, daß der Faschismus, diese
bestialische Form, in der die kapitalistische „Ordnung“ in Erschei-
nung tritt, sie überall bedroht und sie ihre Kräfte gegen diesen
tätigsten Feind der Arbeiterklasse zu entschlossenem, zähem Kampf
zusammenfassen müssen.

Wir trauern mit den Sozialisten Italiens in Liebe und Dank-
barkeit für den treuen Genossen, und wir wissen, daß sie an dem
Grabe des Freundes sich geloben werden: Wir lassen uns nicht
einklinkern! Trotz alledem!

Rücktritt sechs sozialistischer Minister.

M. Rom, 17. Juni. (Katalanziger.) Die Affäre Matteotti
zieht immer weitere Kreise. Sechs der wichtigsten Minister haben
Mussolini ihre Portefeuille zur Verfügung gestellt. Der Minister-
präsident rief darauf sofort einen Kabinettsrat ein. Nach seiner
Rückkehr aus Spanien empfing der König Mussolini und erklärte
auf Vorschlag Mussolinis den Kolonialminister Federzoni zum
Minister des Innern.

Der Hauptschuldige entlassen.

SPD. Rom, 16. Juni. Das Verschwinden des sozialistischen
Abgeordneten Matteotti hält die politische Krise Roms in
höchster Erregung. Trotz des Versprechens Mussolinis, mit aller
Mühseligkeit die Urheber dieses politischen Verbrechens zu ver-
folgen, hat der Faschismus eine schon jetzt erkennbare sehr starke
Einschiebung an Ansehen und Achtung in den Kreisen verloren, die
bisher mit ihm durch die und dünn gingen. Zwischen den Faschisten
und den oppositionellen Gruppen hat sich die Gegnerschaft außer-
ordentlich verschärft. Die römischen Blätter melden, daß der Di-
rektor des Giornale d'Italia, Filippoelli, der von Anfang an
unter dem Verdacht mitleidiger Mitwisserschaft steht, verhaf-
tet worden ist, als er sich ankündete, Rom mit dem Zuge zu ver-
lassen.

Entgegen der Meldung des Messaggero, daß der Herausgeber
des Corriere Italiano, der Advokat Filippoelli, auf der Bahn-
station eines Ortes bei Rom aus dem Zuge heraus verhaftet wor-
den sei, erklärt sich hartnäckig das Gerücht, daß Filippoelli ebenso wie
Belpi entkommen sei.

WTB. Rom, 17. Juni. (Radio.) Die Polizei nahm hier gestern
den Direktor der früheren Zeitung Tempo, Naldi, fest unter der
Beschuldigung, die Flucht des Advokaten Filippoelli begünstigt zu
haben. Colini, der Chauffeur Filippoellis, der am 9. Juni das Auto-
mobil, das zur Fortschaffung des Matteotti diente, in Sicherheit
gebracht hatte, hat sich gestern abend der Gerichtsbehörde in Rom
gestellt. Karabinieri verhafteten gestern in Vecco einen Mann
namens Belpi, der als einer der Urheber an der Beseitigung
Matteottis bezeichnet wird.

Peltoffs Mörder verhaftet.

M. Sofia, 17. Juni. Die Sofiaer Polizei verhaftete den
Mörder des bauerbündlerischen Abgeordneten Peltoffs. Der
Mörder hat ein volles Geständnis abgelegt.

Die Aufhebung der Ausreisegebühr.

Das Reichskabinett hat beschlossen, dem Reichspräsidenten die
Aufhebung der Ausreisegebühr von 500 Mk. zu empfehlen. Der
Reichspräsident hat sich einverstanden erklärt. Der Erlaß einer ent-
sprechenden Verordnung steht bevor.

Das Reichskabinett ging bei seinem Beschluß davon aus, daß die
bekannten Gründe, die seinerzeit zur Einführung der Verordnung
geführt haben, nämlich die besondere bedrohliche Lage der
Währung, zur Zeit in gleichem Ausmaße nicht mehr bestehen. Die
Verordnung hat als unvermeidliche Notmaßnahme ihre Schuldigkeit
getan; sie hat besonders bewirkt, daß der Osterverkehr nach dem
Süden, der sonst unerträglich und nach der Art der im Frühjahr
Reisenden besonders kostspielig gewesen wäre, abgestoppt worden ist.
Zahlreiche Goldmillionen, die im wesentlichen zu Bergnützungszwecken
ausgegeben worden wären, sind dadurch im Inlande zurück-
gehalten worden und der Gesamtwirtschaft erhalten geblieben.
Nachdem die Lage der Währung die Aufrechterhaltung einer so ein-
schneidenden Maßnahme nicht mehr zwingend erfordert, kann jetzt
die Aufhebung der Verordnung erfolgen. Diese entspricht der bei
Erlaß der Verordnung sofort erklärten Absicht, sie nicht länger auf-
rechtzuerhalten, als dies zum Schutze der Währung unumgänglich
notwendig sei.

Die Aufhebung der Ausreisegebühr kann nur begrüßt werden.
Entgegen der Ansicht des Reichskabinetts muß betont werden, daß
die Ausreisegebühr ihren Zweck, den verschwindenden Lurus der
„oberen Schichten“ des deutschen Volks im Auslande zu verhindern,
nicht erreicht hat. Diese Elemente, die beim Aussehen Deutschlands
außerordentlich schaden und Dispositionen des Auslands zugunsten
der nachteiligen deutschen Bevölkerungsschichten mehr als einmal
schleichen ließen, haben es stets verstanden, alle Ausreisebeschrän-
kungen zu umgehen und ihr schädliches Treiben fortzusetzen. Die Aus-
reisegebühr war damit seit langer Zeit gegenstandslos und hin-
fällig geworden.

Dommergue — und was weiter?

Der Fall Millerand ist zum Abschluß gelangt. Nach lang-
sätzigem Sträuben mußte der Mann mit den diktatorischen
Gefühlen den Mächten der gesellschaftlichen Wirklichkeit weichen.
Das gibt uns Anlaß, diese Mächte näher unter die Lupe zu
nehmen.

Alexandre Millerand, der einst so radikale Sozialist, hat
seine eigentliche politische Laufbahn mit dem Kampf gegen
die republikfeindliche, militaristische und clerikale Reaktion
begonnen. Er ließ sie münden in die Bekämpfung der anti-
klerikalen Regierung Combes, der sein Amtsnachfolger
Dommergue angehörte, in seine Tätigkeit als militärischer
Organisator des Krieges und beendigte sie als Sachwalter
der französischen Reaktion, als Begründer des bloc national,
als Urheber und Träger der Niederwerfung des französischen
Proletariats im Jahre 1920, als geistiges Haupt jener un-
heilvollen Politik, die unter dem Namen „Poincarismus“
jetzt bekannt geworden ist.

Millerand ist gestürzt. Aber sein Sturz bedeutet nicht
mehr den uneingeschränkten Triumph der republikanischen
Linken, wie er sich nach dem Wahlsieg des Linkstertells er-
gab. Die Begeisterung ist verrauscht und hinter dem Schein
des Sieges der Demokratie beginnen sich immer deutlicher
die Konturen der noch starken und ungebrochenen Mächte
der sozialen und politischen Reaktion abzuzeichnen.

Durch einen unüberlegten Schachzug hat der in die Oppo-
sition gedrängte Nationale Block die Wahl Painlevés, des
Kandidaten der Linken, zum Präsidenten der Republik ver-
hindert. Parteipolitisch dürfte zwischen Painlevés und
Dommergue kaum ein großer Unterschied bestehen. Aber
gerade die Wahl eines Mannes, der, ohne offiziell zu kan-
didieren, als Gegner des Linkstertells den Sieg davon-
trug, seine Wahl mit den Stimmen der gesamten
Rechtsopposition, einschließend der Royalisten, ist
symbolisch. Im Amt sein und die herrschende Macht im
Sinne repräsentieren, sind, wie wir es in Macdonalds Be-
kenntnissen praktisch bestätigt belamen, eben zwei Dinge, die
sich keineswegs zu denken brauchen.

Der Fall Millerand, der in der Wahl Dommergues sein
Ende fand, wäre an sich belanglos, erinnerte er nicht allzu
deutlich an einen anderen Fall Millerand, der vor nun
25 Jahren den Fall innerhalb der sozialistischen Inter-
nationale bildete. Am Ende der Ära Dreyfus raffte sich
die republikanische Linke des französischen Bürgertums zur
energischen Abwehr gegen die überhandnehmende Reaktion auf.

Traditionelle freiheitschwärmerische Ideologien, Ueber-
lieferungen aus den Jahren 1789, 1830, 1848, 1870 wirkten
seit jeher mit magischer Kraft auf den französischen Klein-
bürger und Intellektuellen. So kam es, daß mancher An-
hänger der sozialistischen Partei, die infolge der historisch
bedingten Schwäche und mangelnden Kampferfahrung
Reife des französischen Proletariats statt von kleinbürger-
lichen Elementen beherrscht war, sich berufen fühlte, dem
radikalen Bürgertum seine Aufgabe zu erleichtern und an
der Sache der „republikanischen Erneuerung“ mitzuarbeiten.

Die Draufgängerischen und Radikalsten gegen die Konse-
quenzen — Mitarbeit wurde sehr bald zum Ministerialismus.
Millerand als Mitglied des Kabinetts Waldeck-Rousseau war
der erste „sozialistische Minister“ nicht nur in Frankreich,
sondern auch, von den Ereignissen im Jahre 1848 abgesehen,
in der Geschichte überhaupt. Wenn man das Experiment
Millerands, jenes, wie Zaurès sagte, Gralsritters, den man
nach dem Woher und Wohin seiner Lebensbahn nicht fragen
dürfe, in Kreisen der Sozialisten aller Schattierungen herab-
lassend und verächtlich zu behandeln pflegt, so darf nicht
übersehen werden, daß der Fall Millerand schon die Keime
aller späteren koalitionspolitischen „Fälle“, Anfälle und
Sündenfälle in sich birgt. Was Millerands „Koalitions-
politik“ kennzeichnete, war, daß der Einsatz, den er in die
Koalition mitbrachte, nicht der Einfluß der Klasse war, die
er zu vertreten wähnte, sondern der Einfluß der herrschenden
Klasse, der Bourgeoisie, auf das Proletariat, verkörpert in
der Gestalt des „verleibständigen“, vom Mutterboden seiner
Klasse losgerissenen Führers. Kein anderer als Parvus
war es, der diese Erscheinung gerade an der Hand des Mi-
nisterialismus in seiner französischen Abart folgenbermaßen
charakterisierte:

Durch das numerische Erstarken der Sozialdemokratie sehen sich
die Regierungen um so mehr veranlaßt, mit der parlamentarischen
Arbeitervertretung als politischen Faktor zu rechnen, je entwickelter
das parlamentarische Leben des Landes. Statt aber an das
Proletariat Konzeptionen zu machen, versucht man erst, seine Führer
an der Regierungspolitik zu interessieren. Man zieht den persö-
nlichen Einfluß der Führer in richtiger politischer Erwägung dem
Einfluß der Klasse vor. Gelingt es erst, in dem Arbeiterführer die
Vorstellung zu erwecken, daß er durch seine persönliche Gewandtheit,
durch Ueberredungskünste, durch List, durch persönliche Beeinflussung
der bürgerlichen Parteiführer und Minister mehr erreichen könnte,
als was das Proletariat durch seine Machtstellung im gegebenen
Moment erreichen kann, so ist er schon gefangen. . . . Statt die
parlamentarische Tätigkeit vom Gesichtspunkt des proletarischen
Klassenkampfes aufzufassen, gewöhnt er sich immer mehr, den
proletarischen Klassenkampf vom Standpunkt der gegebenen parla-
mentarischen Kombination zu betrachten. (Parvus, Der Klassen-
kampf des Proletariats, Berlin 1911, S. 95.)

Seit Parvus dies schrieb, sind fast anderthalb Jahrzehnte
ins Land gegangen. Parvus hat sich inzwischen wie mancher
andere zu einem „höheren“ Standpunkt durchgerungen, seine
Feststellungen sind aber durch die tatsächliche Entwicklung
bestätigt worden. Auch in Frankreich.

Es ist noch gar nicht so lange her, daß die Guesde und
Sembat durch Vorpiegelung „vaterländischer Besange“ „an
der Regierungspolitik“ interessiert wurden und im Kabinett
der „heiligen Einigung“ saßen. Nur wenige Jahre sind ver-
flossen, seit die französische Bruderpartei, durch Kriegs-
erfahrungen gewöhnt, den Ministerialismus einmütig verur-
teilte. Man glaubt sich jetzt vor eine neue „exceptionelle“
Situation gestellt und überlegt, daß die Situation doch eine
ganz ähnliche ist wie 1899, als die bürgerliche Linke unter
Waldeck-Rousseau die parlamentarische Unterstützung der
Sozialisten brauchte.

Auch Herriot braucht die parlamentarische Unterstützung
unserer französischen Genossen und hat nichts unversucht ge-
lassen, sie zu erlangen. Nichts wäre aber so falsch wie die
Annahme, die Arbeiterklasse als realer Machtfaktor bekomme
dadurch erheblichen Einfluß auf die Regelung der Geschäfte
des Landes. Die wirkliche Macht liegt in Frankreich noch
unerschütterlich fest in den Händen der Finanzgewaltigen,
der Börsen und Banken, gestützt auf die große Masse des ge-
staltlosen Kleinbürgers und Bauerntums. Die parlamen-
tarischen Machtverschiebungen innerhalb der bürgerlichen
Parteien spiegeln zum wesentlichen Teil lediglich den Wan-
del in den Kräfteverhältnissen und Notwendigkeiten wider, die

„große“ Politik an das Tagesinteresse dieser Schichten anzu-
passen.

Das Proletariat ist schwach und nur wenig entwickelt.
Hinzu kommt noch die unglückselige Spaltung innerhalb der
Arbeiterklasse, die — wie schon so oft in der Geschichte der
französischen Arbeiterbewegung — die Kräfte des Proletariats
dezimiert und unwirksam macht. Die Sozialistische Partei
zählt knapp 55000 Mitglieder, sie hat in ganz Frankreich
kaum drei Tageszeitungen und mußte ihr Zentralorgan ein-
geben lassen. Die Gewerkschaftsbewegung ist gleichfalls ge-
spalten. An realen Machtfaktoren haben die französischen
Sozialisten in die Regierung kaum etwas mitzubringen. Die
Arbeiterklasse kann, weil machtlos gegenüber der Bourgeoisie,
durch die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung nichts
gewinnen. Sie kann aber viel, unendlich viel verlieren:
den moralischen Einfluß, die Autorität der sozialistischen Partei.

Die französische Reaktion sorgt indes selbst dafür, daß die
Bäume der koalitionsstüchtigen Genossen nicht in den Himmel
wachsen. Die Wahl Dommergues ist eine Art kalte Dusche
für alle, die reale Macht durch einige Mandate mehr oder
weniger erheben zu können glauben, mögen sich die fran-
zösischen Sozialisten diese Warnung der Geschichte zu Herzen
nehmen und die nötigen Schlüsse ziehen.

Nun scheinen die politischen Verhältnisse in Frankreich
stabilisiert zu sein. Das System Blum-Herriot verwandelt
sich in ein System Dommergue, womöglich noch mit Poincaré
als Senatspräsidenten. Der Name Dommergue bedeutet
innenpolitisch zweifellos eine viel weitergehende Rücksicht-
nahme auf die Kleinbürgerlichen Schichten, als sie unter
Poincaré und Millerand in den letzten Jahren üblich ge-
wesen, er bedeutet Sicherung der Rechte und Freiheiten der
Staatsbürger, Zurückdrängung der klerikalen Einflüsse. . . .
Aber gerechte Verteilung der Lasten, friedfertige Außen-
politik, Unterbindung der Börsenspekulation u. a., womit die
französischen Genossen ihren Erfolg erlangten. Was wird
daraus? Ob bürgerliche Linke oder Rechte, Klasseninteresse
bleibt Klasseninteresse.

Zusammenkunft Macdonald-Herriot.

SPD. Paris, 16. Juni. Das Kabinett Herriot hat am
Montagsmorgen seinen ersten Kabinettsrat abgehalten, der
dem Entwurf der Regierungserklärung gegolten hat. Dieser ist am
Montagsnachmittag in einem Ministerrat dem Präsidenten der
Republik vorgelegt und von diesem gebilligt worden. Er ent-
spricht im wesentlichen den Grundlinien, die Herriot bereits am
1. Juni in seinem an Leon Blum gerichteten Brief niedergelegt
hatte. Herriot wird am Montagabend den endgültigen Wortlaut
festlegen. Nach Mitteilungen, die er selbst der Presse machte, wird
die Erklärung ein eingehendes Programm der künftigen Politik des
neuen Ministeriums enthalten. Wir wünschen, fügte Herriot hinzu,
daß das Parlament in allen Einzelheiten wisse, was wir zu tun
gedenken und danach entscheide, ob es uns sein Vertrauen zu ge-
währen vermag. Die bereits eingebrachten Interpellationen wer-
den der Kammer Gelegenheit zu einer Diskussion der Regierungser-
klärung geben. Sie sind eingebracht von Paul Faure, der die
Möglichkeit hat, die Haltung der Sozialistischen Partei gegenüber der
neuen Regierung zu präzisieren, von Guilhaumon für die
Radikalen Sozialisten, Cahin für die Kommunisten und Kollin
für die Minderheit. Man glaubt, daß die Interpellationsdebatte
höchstens zwei bis drei Tage in Anspruch nehmen und Herriot die
Möglichkeit geben wird, am Sonnabend die geplante Reise nach
Chequers anzutreten.

SPD. London, 16. Juni. Macdonald hat den franzö-
sischen Botschafter in London beauftragt, Herriot zu informieren,
daß er ihn so bald als nur irgend möglich zu empfangen
wünsche.

SPD. Paris, 16. Juni. Barthou läßt erklären, daß er bis-
her nichts davon wisse, daß er auf seinem Posten als Präsident
der Reparationskommission von einem andern ersetzt werden soll.
Wenn er jedoch abberufen werden sollte, würde er auf keinen Fall
als Generalpräsident nach Marokko gehen, sondern in Paris bleiben.

WTB. London, 16. Juni. (Radio.) Der diplomatische Bericht-
erstatter des Daily Telegraph schreibt: Macdonald, der
gestern nach London zurückkehrte, wird wegen seiner für das Wochen-
ende beachtlichsten Zusammentreffens mit Herriot im Laufe dieser
Woche zahlreiche Beratungen mit seinen Ministerkollegen haben, die
sich mit dem Sachverständigenrat befassen, denn es ist vollkommen
klar, daß die geplanten Erörterungen in Chequers bzw. Lon-
don diesmal ein viel größeres Gebiet umfassen würden, als dies bei
den letzten Besuchen von Theunis und Glynns der Fall war.
Während es unwahrscheinlich sei, daß das gesamte Schuldenproblem
in letzter Zeit aufgerollt werde, werde die Erklärung Herriots, sich
für einen Tag und vielleicht für drei Tage in England aufzuhalten,
sehr als Hinweis dafür ausgelegt, daß das Problem der Durch-
führung des Dawesplans und damit zusammenhängende Fragen,
wie z. B. die politische Annexion, als Vorbereitung für eine Soli-
konferenz gleichmäßig eingehend untersucht werden würde. Außer-
dem werde angenommen, daß die Stellungnahme der Vereinigten
Staaten zu einer derartigen Konferenz sorgfältig erwogen werden
wird, ebenso wie die Stellungnahme des Völkerbundes zu den
Fragen der militärischen Kontrolle, der Sicherheit und der Rüstungs-
verminderung.

WTB. London, 16. Juni. Times hebt die Bedeutung der vor
der Pariser Presse abgegebenen Erklärung Herriots über die Er-
nennung Kolléts zum Kriegsminister hervor und schreibt: Es ist
bekannt, daß General Kolléts jedoch über die militärische Lage in
Deutschland Bericht erstattet hat. Alles, was er darin mitteilt ist,
daß die Lage nicht allzu alarmierend ist. Das Blatt fährt fort,
der Kronprinz habe am Sonnabend bei einer militärischen Scha-
ustellung in Potsdam den Salut entgegengenommen, und Admiral
von Tirpitz, der im Gegensatz zu zahlreichen Deutschen nicht akzeptiert
von der neuen französischen Regierung erwartet, die nach seiner An-
sicht Poincarés Politik weiter verfolgen werde, habe jedoch aus-
drücklich erklärt, daß er eine festere Front gegenüber den Alliierten in
der Frage des Dawesberichts empfehle.

Auch Daily Mail unterstreicht die Bedeutung der Worte
Herriots an Deutschland. Gleichzeitig läßt sich das Blatt von
seinem Pariser Berichterstatter melden, General Kolléts sei nicht der
Ansicht, daß Deutschlands militärische Stärke der Aufgabe einer
großen Offensive nach Westen gewachsen sei. Deutschland könne aber
in sechs Monaten stark genug sein, um einen kräftigen Verteidigungs-
krieg in Aussicht zu nehmen. Der Berichterstatter will erfahren
haben, Herriot wünsche, daß sich bei seinem Besuch in England die
Frage einer alliierten Aktion zur Kontrolle der deutschen Abrüstung
unter den ersten Punkten befinde, die erörtert werden.

Daily News weist in einem Leitartikel in Erörterung der
Abrüstungsfrage u. a. hin auf das in Amerika vorhandene Eng-
land nach einer größeren und besseren Flotte und auch auf Eng-
lands eigene Tätigkeit im Bau von Kreuzern und U-Booten. Dies
sei jetzt vielleicht das, was die Welt von neuem in die alte Kriegs-
atmosphäre treibe. Das Blatt hält es für sehr wahrscheinlich, daß
Herriot als wesentliche Bedingung für die Zurückziehung der fran-
zösischen Truppen aus den deutschen Provinzen das Angebot einer
wirksamen Sicherheitsgarantie für Frankreich unter der Regie des
Völkerbundes unterbreiten wird.

Eine Niederlage der englischen Regierung.

WTW, London, 17. Juni. (Radio.) Die Regierung blieb bei einer Abstimmung im Verlaufe der gestrigen Unterhausdebatte über die Londoner Verkehrsfrage mit 126 gegen 189 Stimmen in der Minderheit. Times zufolge heißt es, daß sogar Mitglieder der Regierungsbank gegen die Regierung stimmten. Clines erklärte, daß die Regierung das Ergebnis der Abstimmung nicht als eine Niederlage von wesentlicher Bedeutung ansehe. Daily News zufolge wird die Niederlage keinerlei Krise zur Folge haben.

Macdonald und Deutschlands Beitritt zum Völkerbund.

WTW, London, 17. Juni. (Radio.) Im Unterhaus wurden folgende Fragen an die Regierung gerichtet:

Hat Deutschland den Wunsch geäußert, in den Völkerbund einzutreten?

Beisteht Grund zu der Annahme, daß eine Einladung des Völkerbundes zum Beitritt im gegenwärtigen Zeitpunkt angenommen werden würde?

Wird die britische Vertretung im Völkerbund angewiesen werden, darauf zu dringen, daß eine solche Einladung ergeht?

Macdonald antwortete: Deutschland hat bisher kein formelles Gesuch um Aufnahme eingereicht. Das Verfahren ist so, daß Nationen, die wünschen, dem Völkerbund beizutreten, einen entsprechenden Antrag stellen. Der Völkerbund fordert nicht Nationen auf, ihm beizutreten. Die letzte Frage erübrigt sich daher. Die britische Regierung würde indessen sicherlich einer Zulassung Deutschlands zum Völkerbund zum frühesten möglichen Zeitpunkt gütlich gegenüberstehen und ein Gesuch um Zulassung begrüßen. Auf die Frage, ob die Regierung Gewißheit besäße, daß Deutschland die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinsichtlich der erlaubten Rüstungen dem Buchstaben und dem Geist nach einhalte, erwiderte Macdonald, er könne im gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen mit Deutschland über die Tätigkeit der internationalen Kontrollkommission keine direkte Erwiderung auf diese Frage geben. Er könne nur sagen, daß der Angelegenheit dauernde Aufmerksamkeit geschenkt werde, um die gebührende Beachtung der erwähnten Verpflichtungen durch Deutschland sicherzustellen.

Das Deutsche Reich darf, wenn es ihm und seiner Regierung wirklich Ernst ist um eine Verständigung, nun nicht mehr zögern, den Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund zu stellen. Die Antwort Macdonalds auf die aufgeworfene Frage muß als eine ganz direkte Aufforderung zu einem solchen Schritte betrachtet werden.

Bürgerliche Pressestimmen über den Parteitag.

Das Urteil der bürgerlichen Presse über den Parteitag zeigt eine starke Uebereinstimmung der verschiedenen Blätter. Bisherlich mit dem Gefühl der Enttäuschung stellt man fest, daß es zu lebhaften Zwischenfällen, die die Einheit der Partei bedrohten, nicht gekommen ist. Andererseits freilich ist auch der bürgerlichen Presse nicht entgangen, daß die Mehrheit des Parteitages unter Führung der Parteivorstände ihren Einfluß mit allen Mitteln geltend machte.

Die Wossische Zeitung schreibt:

„Die Parteileitung liebte aber, wie es nun einmal die Eigenart von Parteileitungen ist, die Bewegung nicht, und zog die Ruhe vor. Sie hat dieses Ziel mit der Energie zu erreichen gesucht, die zur Tradition gerade der sozialdemokratischen Parteileitung gehört, und sie hat es erreicht. Seit langem ist kein Parteitag der Sozialdemokraten so friedlich, so still und, man muß wahrheitsgemäß hinzufügen, so unbemerkt vorübergegangen, wie die Berliner Tagung. Nicht als ob es keine Opposition gegeben hätte. Annähernd der dritte Teil der 400 Delegierten lehnte die entscheidenden Anträge und Entschlüsse der Parteileitung ab, aber es war ein geruchloses, fast resigniertes Sich-in-kein-Schlaf-Fügen, daß man nun einmal nicht die Mehrheit hat. „Partei-Diplom“, werden die Sieger sagen; „Grabesruhe“, die Gegner. Gleichwohl, die Parteileitung hat gegenwärtig das Gros ihrer Anhänger geschlossen hinter sich, und eine Opposition, die sie nicht zu fürchten braucht, die weder Parteirevolutionen im Schilde führt, noch Umwandlungsgedanken verpflügt. Gerade diejenigen Führer, die sich vor nicht allzu langer Zeit noch am wildesten gebärdeten und stets nach links hinüberzielten, wie der Berliner Bezirksvorsitzende Kautler und Crispian, haben diesmal am eifrigsten zur Einheit gemahnt — von Dittmann, dem früheren Unabhängigen, ganz zu schweigen, der heute brav mit Hermann Müller und Wels in Reich und Gleich marschiert. Die sozialdemokratische Partei kann heute den Anspruch erheben, trotz ihrer Größe — sie zählt noch immer 1 1/2 Millionen eingeschriebener Mitglieder — eine geschlossene Einheit zu sein, vielleicht sogar die geschlossenste unter allen großen politischen Parteien Deutschlands.“

Die Politik dieser Partei läßt sich auf eine kurze Formel bringen. Republikanische Realpolitik

Im Berliner Tageblatt schreibt Dr. Ernst Feder:

„Man hatte der Opposition einen Korreferenten zu dem Referat Hermann Müllers verfaßt — ein bedauerlicher Fehler, wie auch Löbe anerkannt hat. So kam die Minderheit nicht zu einer zusammenfassenden Darstellung ihres Standpunktes Löbe legte treffend die internationale Bedeutung des Koalitionsproblems dar, das in England, in Frankreich, in Dänemark ebenso eine überwiegende Rolle zu spielen beginnt wie bei uns. Es ist das Ergebnis dieser Verhandlung und der gestrigen Abstimmung, daß das Schlagwort von der „einheitlichen reaktionären Masse“, gegen die das „Proletariat“ seinen Kampf zu führen habe, aus der praktischen Politik der Sozialdemokratie endgültig beseitigt ist. Diese Entscheidung hat nicht nur parteipolitische Bedeutung. Sie ist zugleich ein Erfolg des republikanischen Gedankens und eine Niederlage der Reaktion“

In der Germania, dem Zentralorgan der Zentrumspartei, heißt es:

Es ist wohl selten ein sozialdemokratischer Parteitag so nüchtern und farblos verlaufen wie der diesjährige in Berlin. Der Parteivorstand, der in den letzten anderthalb Jahren wegen seiner politischen Haltung und parteipolitischen Arbeit von einer starken und in ihrer kritischen Betätigung ziemlich hemmungslosen Opposition bedrängt wurde, hat wohl außerordentlich festige Auseinandersetzungen erzwungen und in dieser Besorgung die Veranstaltung des Parteitages, des ersten nach der vor zwei Jahren in Nürnberg vollzogenen Vereinigung von Mehrheitssozialisten und Unabhängigen, bis jetzt nach der Wahlen hinausgeschoben

Diese Nüchternheit, man möchte fast sagen, Stillschweigen, im äußeren Verlauf des Parteitages hat durchaus nicht etwa darin ihren Grund, daß sich die sozialdemokratische Partei als geschlagene Partei fühlte und unter dem Druck des verlorenen Wahlkampfes gelanden hätte. Das Ergebnis des 4. Mal wird vielmehr nur als ein notwendiger Akt der inneren Reinigung und Säuberung der Partei betrachtet, und der Verlust an Mandatsmitgliedern gab höchstens der Opposition die Plattform für ihre kritischen Bemerkungen. Der tiefe Grund für jene Stillschweigen lag vielmehr in dem allgemeinen Bewußtsein der Versammlung, daß die Partei keine Bewegung mehr darstellt, daß sie nur noch eine parteipolitische Arbeitsgemeinschaft ist, die aus einem bestimmten Interessensgesichtspunkt heraus die an den Staat und die Gesellschaft durch die kapitalistische Gesellschaftsordnung gestellten Tagesaufgaben mit möglichst großem Parteigerinn zu bewältigen hat. . . .

Zum Schluß konstatiert die Germania, der Berliner Parteitag gestatte die Vermutung, „daß jene äußere Vereinigung (die in Nürnberg zustande kam) sich inzwischen auch innerlich dauerhaft vollzogen hat.“

Die Allgemeine Deutsche Zeitung schreibt über das Referat Hilferdings:

„Auf ökonomischem Gebiet fehlt ihm der Blick dafür, daß es außer der Konzentration des Kapitals auch eine Differenzierung innerhalb der Arbeiterklasse und ihrer Interessen gibt; deshalb keine prinzipielle Geschlossenheit zum Klassenkampf. Dabei verleiht sich Hilferding heute als Vorbild für die praktische Politik auf Macdonald, der sich dagegen gewehrt hat, ein Vertreter des Klassenkampfes zu sein.“

Auf politischem Gebiet zeigt sich Hilferding als ein wahrer Zerkowitsch.“

Die Frankfurter Zeitung schreibt in einem Aufsatz „Sentimentales von einem Parteitag“:

„Die Sozialdemokratie ist verknüpflicher geworden, aber sie ist eben deshalb heute auf den Punkt gekommen, daß sie, wenn sie eine Zukunft haben will, sozusagen ganz von neuem beginnen muß. . . . Es soll ja nicht bestritten werden, daß es auch in anderen Parteien über genug Aussicht, aber die Sozialdemokratie ist in einer besonderen Gefahr. Auch in anderen Parteien ist ein Mangel an Köpfen, aber sie haben wenigstens noch gewisse Grundlagen weltanschaulicher Art. Was hat denn die Sozialdemokratie? . . .

Ein Vierteljahrhundert — Aufstieg, Abstieg, Beharrungszustand — neuer Anfang? Das zieht an einem so vorüber, während irgend etwas geendet wird, dem man vielleicht auch dann nicht zuhörte, wenn besser gesprochen würde. Da ist eine Partei, die einmal, in ihrer Weise, gewußt hat, daß der Mensch vom Brot allein nicht lebt. Jetzt muß sie es wieder lernen. Der Mensch braucht eben auch eine Sehnsucht, in diesem allgemeinen Sinne einen Glauben. Wer den nicht hat, den holt schließlich trotz aller Praxis doch einmal der Döbel.“

Die Resolutionen zum Referat Hilferding.

Infolge eines Verfehlers sind gestern die beiden zum Referat Hilferding vorgelegten Resolutionen nicht zum Abdruck gelangt. Die vom Parteitag angenommene Entschliessung lautet:

Resolution Hilferding.

I.

Der Parteitag stellt mit hoher Befriedigung die Fortschritte fest, die der internationale Sozialismus im letzten Jahre errungen hat. Er begrüßt die englische Arbeiterpartei zu ihrem stolzen Aufstieg und beglückt mit besonderer Freude den bedeutungsvollen Sieg der französischen sozialistischen Partei.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands erblickt ihre wichtigste Aufgabe darin, in Uebereinstimmung mit der sozialistischen Internationale den Kampf um die Erringung und Sicherung des Friedens mit aller Kraft durchzuführen. Sie hat deshalb die Lösung der Reparationsfrage durch die Annahme des Gutachtens der Sachverständigen gefordert, sie ist entschlossen, allen Versuchen entgegenzutreten, die diese Politik verhindern.

Sie richtet zugleich an die französische Demokratie den Appell, den Kampf der deutschen Republikaner, die Kräfte des Friedens und der Verständigung zu stärken, durch die Freilassung der Gefangenen, durch Annerkennung der Verurteilten und Ermöglichung der Rückkehr der Ausgewiesenen.

Die sozialdemokratische Partei erneuert ihr Verlangen an die deutsche Regierung, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund herbeizuführen. Die wachsende Macht der sozialistischen Parteien muß den Völkerbund zu einem Instrument der Friedenssicherung machen, deren wichtigste Aufgabe die Durchführung der allgemeinen Abrüstung ist.

II.

Die SPD. ist sich bewußt, daß die Liquidierung des Krieges Deutschland eine schwere Bürde auferlegt. Der Kampf um die Verteilung der Lasten wird die innere Politik beherrschen. Die SPD. wird den Kampf gegen das ungeheure Unrecht der Inflation, gegen neue Belastungen der arbeitenden Massen, gegen Lebensmittel- und Rohstoffpreise, gegen den Abbau der Sozialpolitik führen. Im Vordergrund dieser Kämpfe steht die Verteilung des Arbeitslohnverlustes. Unser durch Krieg und Inflationseindringend zermürbtes Volk bedarf nicht vermindert, sondern erhöhter sozialer Fürsorge. Dazu gehört die Aufrechterhaltung und der Ausbau der Wohnungswirtschaft, die Bereitstellung des Wohnungsgeldes, sowie die Verminderung der Arbeitslosigkeit durch gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbau. Mit dem Kampf gegen die soziale Reaktion verbindet sich der Kampf gegen die monarchistische und nationalistische Gefahr. Die Sicherung der Republik, ihre immer härtere Erfüllung mit sozialem Inhalt, die Verteidigung der Reichseinheit gegen parteipolitische und föderalistische Sonderbestrebungen bleibt wichtigste Aufgabe unseres politischen Kampfes.

Die Sozialdemokratie kann aber ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn die Arbeiter wieder den nationalisierungsreaktionären, noch den kommunistisch-putschistischen Gewalttätigkeiten Glauben schenken. Die energische Abwehr aller Spaltungen und Zerwürfungen der Organisationen, die Wiederherstellung der politischen Einheit der Arbeiterklasse unter dem Banner der Sozialdemokratie ist die Grundbedingung für den Vormarsch des Sozialismus.

Resolution Dittmann-Sender-Löbe.

Die Beendigung des Krieges hat nicht zu einer Beruhigung der außenpolitischen Beziehungen der kapitalistischen Staaten geführt. Der Kampf um fremde Warenabnahmehäute, um Kapitalverdrängungspolize und politische Interessensphären, den schon die internationalen Kongresse in Basel, Kopenhagen und Stuttgart als das Kennzeichen der gegenwärtigen Entwicklung des Kapitalismus feststellten, ist verstärkt und zugeführt durch Kämpfe um Petroleumlager, durch Verschiebung der Kräfteverhältnisse in Europa, durch das Aufkommen neuer sozialer und politischer Kräfte in Rußland, durch Aktivierung der außenpolitischen Interessen der amerikanischen Staaten.

Neue schwere Krisen zeigen sich am Horizont. Die deutschen herrschenden Klassen, eingebend des Verlustes ihrer imperialistischen Stellung durch den Weltkrieg, hoffen, in neuen Bewältigungen das Verlorene wiederzuerlangen zu können. In einer unaufhörlichen Außenpolitik, in heimlichen und offenen Rüstungen im Innern suchen sie Zeit und Mittel zu gewinnen.

Die WSPD. erblickt ihre wichtigste Aufgabe darin, neuen Krisen, neuen Kriegen vorzubeugen durch entschlossenen Kampf gegen alle diese Mächtschancen der deutschen herrschenden Klassen und insbesondere durch Ueberwindung der schwersten Lasten des verlorenen Krieges auf die, die sie tragen können und tragen sollen, die triumpfschwindige Bourgeoisie. Die Partei ist überzeugt, daß dieser Kampf in dem Maße von Erfolg sein wird, in dem die internationalen sozialistischen Parteien sich vereinen zu einem gemeinsamen Kampf gegen die Imperialisten und Kriegstreiber aller Länder, einem Kampf, in dem die tragischen Lehren des Jahres 1924 nicht unbeachtet bleiben dürfen.

Die Parteiführer bei Stresemann.

II. Berlin, 16. Juni. Reichsaussenminister Stresemann empfing heute nachmittag die Parteiführer zu einer ausgedehnten Besprechung. Gegenstand der Besprechung war in der Hauptsache die außenpolitische Lage. Die Besprechungen wurden für streng vertraulich erklärt. Die Führer der kommunistischen Partei und der völkischen Freiheitspartei waren zu dieser Besprechung nicht geladen. Moran tritt der Auswärtige Ausschuss zusammen.

Ein Mißtrauensvotum für Scheidemann.

WTW, Kassel, 17. Juni. (Radio.) In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung kamen die beiden Anträge der Rechtspartheien, die sich gegen den Oberbürgermeister und die städtische Verwaltung richteten, zur Behandlung. Der erste Antrag verlangt, daß ein Ausschuss von sechs Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung eingesetzt werde, der darüber Bericht erstatten soll, welche leitende Beamte der Stadtverwaltung (Oberbürgermeister, Bürgermeister, besoldete Stadträte) ohne Schädigung der städtischen Interessen abgebaut werden können. Der zweite Antrag lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung spricht Herrn Oberbürgermeister Scheidemann ihr Mißtrauen aus. Sie ist der Ueberzeugung, daß sein weiteres Verbleiben im Amte nicht im Interesse der Stadtkasse liegt und ersucht ihn, hieraus baldigst die entsprechenden Folgerungen zu ziehen.“

Nach längerer Debatte wurde der Mißtrauensantrag der vereinigten Rechten mit 24 gegen 19 Stimmen angenommen. Ein Antrag, der von der sozialistischen Fraktion eingereicht war und die Wiederaufnahme der Verwaltungsreformpläne Scheidemanns im Auge hatte, wurde alsdann mit 26 gegen 24 Stimmen angenommen.

Obwohl die Sozialdemokratie im Kasseler Bezirk allgem. günstig abgesehen hat, ist es den bürgerlichen Parteien bei den letzten Wahlen doch gelungen, eine Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium Kassels zu erlangen. Genosse Scheidemann, der im allgemeinen eine vorzüglich laufende Politik betrieb, kann aus dem Vorgehen seiner Gegner im eigenen Arbeitsbereich ersehen, wie rücksichtslos diese ihre Macht ausüben im Gegensatz zur Sozialdemokratie, die sich oft von allerlei Bedenken leiten ließ.

Anschluß Thüringens an Preußen?

Der parteipolitische Wölkische Kurier in München macht durch eine Meldung aus Weimar über einen bevorstehenden Anschluß Thüringens an Preußen lebhaft Agitation für diesen Gedanken. In weiteren Kreisen Thüringens nehme der Gedanke eines Anschlusses Thüringens an Preußen immer greifbarere Formen an. Es sei die Hauptaufgabe des letzten Landtages, dieses Problem in die Wirklichkeit umzusetzen. In rücksichtslosen Kreisen gebe man sich nicht dem geringsten Zweifel darüber hin, daß ein Volksentscheid mit einer gewaltigen Stimmenmehrheit zugunsten eines Anschlusses Thüringens an Preußen in Form einer preußischen Provinz Thüringen ausfallen würde.

Der sozialdemokratische Parlamentsdienst bemerkt hierzu: Tatsächlich hat die Frage eines Anschlusses des Landes Thüringen an Preußen bereits in der letzten Lage zu Verhandlungen innerhalb einzelner Landtagsfraktionen geführt. Der Propaganda für den Anschluß liegen zunächst finanzielle Schwierigkeiten des Landes Thüringen zugrunde. Ob der Anschluß jedoch jemals vollzogen wird, ist trotz der Sympathien, die ein Anschluß in allen Parteilagern findet, noch zweifelhaft.

Sozialdemokratischer Antrag zum Schutze der Ruhrgefangenen und -ausgewiesenen.

SPD. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag den Antrag eingebracht, unverzüglich einen parlamentarischen Ausschuss einzusetzen, der

1. die Richtlinien für die Betreuung der aus dem besetzten Gebiete Ausgewiesenen bzw. der Gefangenen nachprüft und auch die berechtigten Beschwerden der nichtbeamteten Ausgewiesenen und Gefangenen sichtet;

2. Maßnahmen für die wirtschaftliche Sicherstellung der in die Heimat zurückkehrenden Ausgewiesenen oder entlassenen Gefangenen vorschlägt, sofern diese durch die Ausweisung ihre Einnahmequellen eingebüßt haben;

3. Maßnahmen vorschlägt zur schleunigen Befreiung von Wohnungen und Einrichtungsgegenständen für diejenigen, die durch Ausweisung, Verdrängung oder Gefangennahme ihre Behausung und deren Einrichtung verloren haben.

Aus Mainz wird berichtet: Ein Teil der im Mainzer Eisenbahnprojekt vom 7. Mai 1923 verurteilten deutschen Eisenbahner ist aus der Haft entlassen worden. Die Freigelassenen hatten keinerlei vom französischen Kriegsgericht Freiheitsstrafen bis zu sieben Jahren erhalten.

Von Nah und Fern.

Deutsche Arbeiter in Wien verhaftet.

WTW, Wien, 16. Juni. Auf der Suche nach den Verbrechern, welche kürzlich einen Kassenboten überfallen hatten, verhaftete die Polizei den aus Deutschland flüchtigen Herbert Kohnmann und den Drogisten Werner Rintult, die von den deutschen Behörden wegen Vordurchschlags heftig verfolgt werden. Kohnmann und Rintult sind die zwei Männer, welche die bei dem Berliner Hotelwirt Schmidt bedienstete Dauscheklini Usik am Donnerstag bei Wina in die Erde warfen und die im Kaiser um ihr Leben Ringende noch durch Revolverkugeln und Steinwürfe zu töten suchten.

Unterbringung bei der Post.

WTW, Kiel, 16. Juni. Aus Gleichendorf ist seit dem 5. Juni ein Postkoffer nach Unterbringung von 30000 Mark Dienstadern flüchtig. Auf keine Erreicherung und die Wiederherbeibringung des Geldes hat die Oberpostdirektion Kiel eine Belohnung von 10000 Mark ausgesetzt.

Der Berliner Handwerkskammerpräsident wieder angeklagt.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann heute der zweite Prozeß gegen den früheren Präsidenten der Berliner Handwerkskammer, Ehrenobermeister Karl Khabardt und Genossen. Es handelt sich bei dem auf sechs Wochen berechneten Verfahren um die Schließungen bei der Auflösung der Reichswerke, Gewerfabrik, des Pionierparks und anderer Betriebsstätten in Danzig.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Ernst Arenkel in Leipzig.

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Hugo Schepfand in Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.

Verlangen Sie

bei Ihrem Kaufmann nicht einfach „Suppen-Würfel“, sondern stets ausdrücklich

MAGGI® Suppen

Viele Sorten wie

Erbs mit Speck	Ochterschwanz
Reis mit Gemüse	Rumford
Eiernudeln	Königin
Tapioka echt	Pilz usw.

Der Name MAGGI und die gelb-rote Packung sind die Garantie der Echtheit.



Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Umfrage Bekanntmachungen.

Der Bezirksrat der Amtshauptmannschaft Leipzig hat unterm 17. Mai 1924 folgende Satzungen angedeutet:
 1. über die Durchführung der dem Bezirksverband als Bezirksfürsorgeverband obliegenden Aufgaben.
 2. über Voraussetzungen, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge.
 Der Kreisrat hat gegen diese Satzungen keinen Einpruch erhoben.
 Die Satzungen liegen vom Tage des Ersetzens dieser Bekanntmachung ab 8 Tage lang im Dienstgebäude der Amtshauptmannschaft Leipzig, Zimmer Nr. 31, zur öffentlichen Einsicht aus.
 Leipzig, am 14. Juni 1924.
 Der Bezirksverband der Amtsh. Leipzig.

Galschwig. Vom 18. Juni 1924 ab ist die Straße von Großenbuden bis Bahnhof Galschwig für allen Fahrverkehr wegen Straßenbau bis auf weiteres gesperrt.
 Der Bürgermeister.

Familien-Nachrichten

Am 16. Juni 1924 früh verschied schnell und unerwartet im Alter von 42 Jahren, mein lieber Mann, unser guter Vater

Gustav Behrendt
 L. Kleinschöcher, Wigandstr. 6, II.
 In tiefer Trauer
Marlo Behrendt geb. Veonhardt
 nebst Anverwandten.
 Die Beerdigung findet Donnerstags, 19. Juni, nachm. 3 Uhr, auf dem Friedhof zu Kleinschöcher statt.

Am 16. Juni verschied unerwartet unser Vereinsgenosse

Gustav Behrendt
 Er war ein eifriger Funktionär und hat sich durch seine eulopfernde Tätigkeit und sein liebevolles Wesen große Hochachtung erworben.
 Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
 Turn- u. Sportverein L. Kleinschöcher.
 Die Vereinsgenossen treffen sich zur Beerdigung Donnerstag, den 19. Juni, nachmittags 2 Uhr, im Auenschlößchen, Schönauer Weg.

Am 15. Juni verschied nach langem, schwerem und qualvollem Leiden meine liebe Gattin, unsere Tochter, Schwägerin, Schwester und Schwägerin

Frau Franziska Schröder
 geb. Noszjanovska
 L. Kleinschöcher, den 17. Juni 1924
 Klingenstr. 31, II.
Paul Schröder
 im Namen aller Hinterbliebenen.
 Die Einäscherung findet Mittwochs, den 18. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

Nach langem schwerem Leiden verschied im Alter von 71 Jahren unser lieber Vater, Groß- und Schwiegervater und Schwager

Franz Dierich
 L. Gohlis, den 15. Juni 1924.
Elsa Griebach geb. Dierich
 im Namen sämtl. Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet Mittwochs, den 18. Juni, nachmittags 2 Uhr, auf dem Gohliser Friedhof statt.

Gänzlich unerwartet verschied am 16. Juni an Herzschlag mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel

Herr Gustav Zahn
 L. Plagwitz, Lauchstädter Str. 17.
Mario Zahn geb. Behr
 im Namen aller Hinterbliebenen.
 Beerdigung Donnerstags, d. 19. Juni, mittags 1 1/2 Uhr, von der Kapelle des Plagwitzer Friedhofes aus.

Danksagung.
 Für die vielen Beweise, die uns beim Heimgang unserer lieben Tochter, Schwester und Braut

Marthel
 Anteil geworden sind, sprechen wir hierdurch unsern innigsten Dank aus. Dank den Herrn Chefs und den lieben Geschäftsführerinnen der Firmen Carl Gerth und Louis Seidel, ferner den werten Hausbewohnern für den überaus reichen Blumenschmuck und leichten Geleit zum Grabe. Dies alles hat unsern wunden Herzen wohlgetan.
 L. Stötteritz, 17. Juni 1924.
 Heinrich Gübel u. Frau.

Preisabbau ohne Rücksicht auf unsere Selbstkostenpreise

Einige Beispiele

Damenkleidung

Jumper aus Kunstseide mit Wollfächerel ..	7 ⁵⁰	Kostüme a. gutem Donegal, feste Sportform	24 ⁵⁰
Röcke aus Frotte, Wickelform	4 ⁵⁰	Mäntel aus Donegal, gute Verarbeitung ..	16 ⁵⁰
Röcke aus Donegal, mit aufgesetzter Tasche ..	8 ⁵⁰	Mantel aus gutem, gewirtem Sovercoat ..	23 ⁵⁰
Kostüme a. praktisch, engl. gemustert. Stoffen	17 ⁵⁰	Mantel aus reinwollener Gabardine, Impr. ..	27 ⁵⁰

Kinderkleidung

Kleider aus weichem Vollwolle, gestickt, Größe 60	9 ⁷⁵	Knabenblusen aus marine-weiß gestreiften Wollstoffen, mit blauem Dreieckskragen, Größe 3 ..	5 ⁵⁰
Kleider a. blau-weiß gestreift. Drell, Gr. 60	12 ⁵⁰	Sportanzüge aus homespun, Größe 3 ...	19 ⁷⁵

Pollich

Metallarbeiter-Verband

Zel. 70411 Reiter Straße 22, I. Zel. 71107
 Geschäftszeit vormittags von 9-12 Uhr
 und nachmittags von 4-7 Uhr.
 Sonnabend vormittags von 9-12 Uhr.

Dienstag, den 22. Juni ... Volkshaus
General-Versammlung.

Sommerfeld-Engelsdorf
 Die in Engelsdorf (oberer Teil) und Sommerfeld wohnenden Kollegen können ihre Beiträge bei dem Kollegen **Alfred Hoffmann, Engelsdorf, Chausseestraße 2, II.** bezahlen

Metallbrüder Freitag, den 20. Juni 1924, abends 7 Uhr, im Volkshaus
Vertrauensleute-Sitzung.

Bautlempner Freitag, den 20. Juni, abends 7 Uhr, im Volkshaus
Versammlung.
 Tagesordnung: Bericht über die Lohnbewegung.
Verbandsbücher mitbringen!

Bauschlosser und Anschläger Freitag, den 20. Juni 1924, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 9.
Versammlung.
 Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen. Das Erscheinen aller ist unbedingt notwendig.

Lehrlinge und Jugendliche
 Wer noch an der Wanderung durch das Aufhängergebiet teilnehmen will, kann sich noch bis zum 23. Juni im Verbandsbureau, Zimmer 25, melden. Fahrgeld von 3,80 Mark für Jugendliche und Beihilfe bis zu 20 Jahren ist vorher zu entrichten.

Baugenossenschaft

für die Eisenbahnbeamten und Arbeiter in Wahren (Sachsen) e. G. m. b. H. Sitz in Lindenthal.

Am 26. Juni 1924, abends 7 1/2 Uhr, findet im Galkhof zu Lindenthal die **General-Versammlung** mit folgender Tagesordnung statt:
 1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
 2. Genehmigung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung und Entlastung des Vorstandes.
 3. Änderung der Satzungen, § 3, 4, 7, 9, 18 und 30.
 4. Bericht über die geleistete Revision.
 5. Wahl der sätzungsgemäß auscheidenden Vorstandes- und Aufsichtsratsmitglieder.
 6. Verschiedenes.

Die Bilanz nebst Gewinn- u. Verlustrechnung und der Entwurf zur Satzungsänderung liegen vom 18. bis 26. Juni 1924 im Geschäftszimmer der Baugenossenschaft zu Lindenthal und bei Herrn **3ahr in L. Gohlis, Bachmannstraße 53, II.** zur Einsicht aus.
 Lindenthal, den 11. Juni 1924.
 Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, **Friedrich Müller.**

Moderne und geschmackvolle Drucksachen

in jedem vorkommenden Bedarf werden schnellstens geliefert. Der neuzeitlich eingeschaltete Rotationsbetrieb ist bestens geeignet zur Herstellung von **Wolpelt-Offenaufträgen**
Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft
 Tauchaer Straße 19/21

Kriegsopfer-Rentenempfänger Leipzigs!!!

Donnerstag, den 19. Juni, abends 7 1/2 Uhr.
Öffentliche Versammlung

im **Volkshaus**, Reiter Straße 22, Kamerad **Heinrich Klerz**, Köln, spricht über: **Kriegsopfer-Rentenempfänger im Kampf um ihr Recht.** — Kriegsopfer-Rentenempfänger! Ein Kamerad aus dem besetzten Gebiet spricht zu euch. Erscheint in Massen in dieser Versammlung.
Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Ortsgruppe Leipzig.

Schuhwaren

kaufen Sie am besten u. billigsten im **Schuhhaus Becker Poststr. 15**
Fabrikniederlagen
 — Telefon 25751.

ZOO logischer Garten mit Aquarium

Morgen Mittwoch
Das große Sommerfest des Leipziger Schauspielhauses
 U. a.: Zirkus — Lebendes Marionettentheater — Tanzvorführungen — Zigeunerlager — Radfahrrennen — Kinderfest — Sommernachtsball — Illumination usw.

Große Konzerte

von der Reichswehrkapelle Giltisch.
 Eintritt: Erwachsene Mk 3.—, Kinder Mk 1.—, Dauerkartenzuschlag: Erwachsene Mk 1.—, Kinder 50 Pfg.
Täglich, nachmittags und abends Konzerte
Reichhaltige Mittags- und Abendkarte zu mäßigen Preisen
 ::: ::: Eigene Konditorei ::: :::

Skatspieler

Anden ab 2 1/2 Uhr. Anm. Schärer, Berlin Str. 26.

Herren Gard.

Sport- u. Berufskleidung
Herren Gard.
 Gummimäntel on gross on detail
 Tel. 20044 verk.

Fritzsche

Kurprinzstr. 22.
 L. L. Harzstraße 4.
Julienate
 für die fällige Nummer bestimmt erbiten bis 10 Uhr vormittags am Erntedankfest.

Mitglieder des Konsum-Vereins!

Zahlt den Stammanteil durch Entnahme von Anteilmarken zu 50 Pfg. oder 1 Mark ein!



Die Frauenkonferenz.

Am gestrigen Sonntagvormittag trat, wieder im Plenarsaal des preussischen Landtags zu Berlin, die Frauenkonferenz der deutschen Sozialdemokratie zusammen. Die rund 200 Delegierten besetzen die unteren Bankreihen, der übrige Saal ist von den Zuhörerinnen gefüllt. Ausländische Genossinnen, mehrere Mitglieder des Parteivorstandes und Vertreter sonstiger Parteistrukturen, wohnen der Tagung bei.

Marie Zuchacz vom Parteivorstand eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr mit dem Hinweis darauf, daß auch die sozialdemokratischen Frauen für die Verwirklichung des Sozialismus arbeiten, der die freie Entwicklung der Persönlichkeit ermöglicht.

Arthur Crispian begrüßt die Konferenz im Namen des Parteivorstandes. Die Konferenz soll die Aktions- und Anziehungskraft der Partei stärken. Jede Gefährdung der Existenz, jede Einschränkung der Lebenshaltung wirkt zuerst und mit voller Wucht auf die proletarischen Frauen. Aber der Haß, der in ihnen entsteht, darf nicht zu nutzlosen Aktionen führen, sondern muß in vernünftige organisierte Arbeit für die Befreiung der Menschheit umgesetzt werden. Die Arbeit für die sozialistische Gesellschaft wird in ihr kaum nur die gemeinsame Arbeit der Männer und Frauen sein. Für die Aktionskraft der Partei hat der soeben beendete Parteitag gute Arbeit geleistet durch die einstimmige Festlegung der nächsten Aufgabe, nämlich der Verwirklichung des Sachverständigenentscheidens und der sozialen Verteilung der Lasten daraus. Im Sinne unserer großen Aufgabe der Erämpfung des Sozialismus wünsche ich Ihrer Konferenz den besten Erfolg! (Lebh. Beifall.)

Minna Todenhagen begrüßt die Konferenz im Namen der Berliner Genossinnen. Sie weist auf die früheren Verfolgungen hin, auf das erst durch die Revolution beseitigte alte preussische Vereinsgesetz, das den Frauen selbst die Mitgliedschaft in politischen Vereinen verbot. Erst die Revolution hat den Frauen das Wahlrecht und das gleiche politische Recht überhaupt gegeben. Die Rednerin gibt einen Überblick über die sozialistische Frauenbewegung in Berlin, deren Entwicklung sie ausführlich schildert. Schon 1891 hat das sozialdemokratische Parteistatut den Frauen das Recht der Mitgliedschaft gegeben. Die Rednerin bespricht auch die politische Entwicklung der letzten Jahre und schließt mit dem Bekenntnis zur Standhaftigkeit und Treue für die Partei der arbeitenden Menschheit.

Genossin Bell — England — von Ubele Schreiber überreicht, gibt einen Überblick der sozialistischen Frauenbewegung in Großbritannien, deren solidarisches Geistes sie übermitteln. (Lebh. Beifall.)

Welfheid Popp-Wien (Lebhaft begrüßt): Mit Nahrung und Ergriffenheit erfüllt mich der Vergleich der heutigen Zeit mit den Verfolgungen noch bis zum Krieg. Mit ängstlicher Sorge verbargen die Genossinnen mein Ausländerturn vor der Polizei, wenn ich in Deutschland Versammlungen abhielt. Heute tagt Ihr im Parlamentsgebäude! All die Verfolgungen haben uns nur die Begeisterung und den Opfermut gebracht, die eine solche Bewegung braucht. In Wien haben wir über 80 000 politisch organisierte Genossinnen und so ist es im ganzen Staat. (Lebh. Beifall.) Das künftige Wachstum sollte besonders kräftig ein nach der Wahl im Jahre von 1920. Wir wollen in Zukunft in derselben Zukunft mit Euch zusammenarbeiten wie bisher. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Unter anhaltendem Beifall begrüßt die Vorsitzende die große Genossin Ottilie Bader, die der Konferenz betrautet.

Die dänische Unterrichtsministerin Genossin Nina Bang entschuldigt ihr Fernbleiben mit der Überfülle ihrer Arbeit, z. B. bei der Überwachung der Aemterbesetzung. Sie wünscht der Konferenz besten Erfolg, ebenfalls Genossin Pels-Beilgen. (Beifall.)

Das Andenken der verstorbenen Kämpferinnen, vor allem Luise Ziegler und Martha Demning-Berlin, deren Marie Zuchacz in warmen Worten gedenkt, wird durch Erheben von den Sitzen geehrt.

Nach Konstituierung der Konferenz — zu Vorsitzenden werden einstimmig gewählt die Genossinnen Zuchacz, Nemitz und Annet — wird Tages- und Geschäftsordnung genehmigt. In ihrem Referat über

Die Frauen und die Wahlen

führte Genossin Zuchacz dann aus: Wir müssen alle Kräfte, auch die der Frauen zusammenfassen zum Kampf um die Republik. Der Partei muß Zulassung kommen aus der großen Masse der Frauen, wenn der Erfolg beschieden sein soll. Unzulänglich ist die Mitwirkung der Frauen, eine Folge ihrer falschen Erziehung. Bedauerlich ist, daß Sebels Buch trotz seines ungeheuren Erfolges noch nicht so gewirkt hat, daß das Frauenwahlrecht kein anderes Frauengeschlecht vorgefunden hat. Aber die Politisierung der Frauen kann nur geschehen durch das Recht des aktiven und passiven Frauenwahlrechts. Seit 10 Jahren haben die Frauen das Recht der politischen Betätigung in Versammlungen. In Zukunft wollen wir für eine stärkere Vertretung der Frauen im Reichstag sorgen. Psychologisch merkwürdig ist, daß angerechnet die Deutschnationalen bei der Wahl die Sympathie der Frauen haben. Die Völkischen allerdings und die Kommunisten haben mehr Männer angezogen. Die Frauen der Mitte haben es diesmal mit den Deutschnationalen „versucht“. Es sind Frauen von Beamten, des Mittelstandes, Haus- und sonstige Angestellte, Frauen der Fabrik und des Bureaus, die ihrer Klassenlage nach zur Sozialdemokratie gehören, die den Deutschnationalen und in Bayern den Völkischen ihre Stimmen gegeben haben, weil sie sich ihrer Klassenlage noch nicht bewußt sind. Diese Frauen müssen wir psychologisch, seelisch zu verstehen suchen. Die Frauen müssen sich nicht hingezogen zu den extremen Parteien, aber gerade deshalb ist auch instinktmäßig bei der Sozialdemokratie der Platz der Frauen. Wir müssen uns psychologisch schulen, um unsere Geschlechtsgenossinnen in ihrem Seelenleben zu verstehen. Wir müssen uns hinein-denken können in eine sorgenerfüllte, übermüdete Frau und müssen unsere Agitation abstellen auf diese Frauen. Unsere „Frauen-welt“ ist keine Nachfolgerin der „Männlichkeit“, sie soll es nicht sein. 65 000 Auflage in kurzer Zeit erreicht zu haben, ist ein großer Erfolg und zeigt, daß wir auf dem rechten Weg sind. Wie der Vaterländische Frauenverein, wie bürgerliche Frauenzeitschriften müssen auch wir Veranstaltungen für die Frauen arrangieren, um sie allmählich für uns zu gewinnen. Durch häusliche, stetige Arbeit müssen wir die indifferenten Frauen heranzuziehen suchen. Auch außerhalb der reinen Agitation müssen wir bei unserer Tätigkeit auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge bemüht sein, unsere Aufgabe in sozialistischem Geiste zu erfüllen und wir dürfen nicht zu befrieden sein, sondern unsere Tätigkeit auch ins rechte Licht setzen. Jeder soll sich in Partei und öffentlichem Leben betätigen nach seiner Neigung; aber die Frauen sind dann auch verpflichtet, die übernommene Arbeit so zu leisten, daß sie im Sinne der Partei und für die Partei geleistet wird.

Die Referentin bespricht dann die wenigen Anträge aus den Organisationen und weist dabei auf die Frauenkorrespondenz hin, die der Parteipresse bereits zugeht und auf das neugeschaffene Informationsblatt „Die Genossin“, das mindestens einmal monatlich erscheint. Berichte aus der Bewegung, von den Genossinnen selbst, über ihre Arbeitsmethode, über das geistige Leben unter den Frauen, sind unentbehrlich und werden immer gern gelesen. Politische Aufklärung muß überall geleistet werden von uns, auch und gerade bei in Bäcker und Fleischer. (Lebh. Zustimmung.)

Nach der Mittagspause beginnt die Aussprache.

Über 40 Redner und Rednerinnen sind zum Wort gemeldet. Zunächst werden organisatorische Fragen ausgetauscht. Frau Kurfürst-Kiel sagt u. a.: Es haben viele Frauen für die Rechte gekämpft, weil sie nur fühlen, daß es ökonomisch selber besser war als jetzt, weil sie aber der Ursachen nicht inne werden.

Da müssen wir noch viel mehr als bisher für Aufklärung sorgen; Material und Mittel dazu müssen wir haben.

Frau Zabel-Hamburg: Material bringt die Presse genug, vor allem über Parlament, Gemeindevorsteher usw. Unser Abgeordneter sollten nur mehr Versammlungen mit Reichstagsbesuch abhalten. Ein Feldzug gegen den § 218 des Reichsstrafgesetzbuchs (Frauchabtreibung) muß eingeleitet werden.

Frau Ziegler (Württemberg) begründet einen Antrag auf bessere Berücksichtigung der Frauen bei der Kandidatenaufstellung. 11 Frauen in der Reichstagsfraktion — das entspricht lange nicht der Zahl der Genossinnen. Das ist weder demokratisch noch sozialistisch. In Württemberg hat man nicht einmal den vorgezeichneten Kandidatenparteilist zur Kandidatenaufstellung einberufen. Mich hat man an die vierde Stelle gesetzt. Wir sollten die Forderung Weibels nach Selbständigkeit der Frau bei uns selbst ausführen.

Frau Christmann-Barmen: Wir müssen unsere früheren Agitationsmethoden wieder anwenden. Sobald wir nach Verwirklichung des Sachverständigenentscheidens stabile Verhältnisse bekommen, wird es mit unserer Bewegung wieder vorwärtsgehen.

Frl. Todenhagen bemerkt zu einem Antrag Kathilde Wilm und Genossen auf Erhebung des bürgerlichen Familienbattes Frauenwelt durch ein sozialistisches Kampfbild nach Art der Gleichheit, daß die Frauenwelt zwar ihr (der Rednerin) persönlich nichts bietet, aber zur Gewinnung der Indifferenten sei sie ganz gut; nur komme sie an die Indifferenten nicht genug heran.

Frau Hörreih-Wenig (Münster) befragt folgenden Antrag Wachenheim:

„Die sozialdemokratische Frauenkonferenz hält für selbstverständlich, daß bei Aufhebung der Beamtenabbaubestimmung die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der weiblichen Beamten wiederhergestellt wird. Sie ersucht den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion, die Bestimmungen, die Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte auch für die Zukunft aufrechtzuerhalten, als Bruch der Reichsverfassung zu brandmarken und ihnen auf das energischste entgegenzuwirken.“

Ferner betont die Rednerin die ungeheure Bedeutung der Befreiung der Schule von parteimäßigem Mißbrauch zur reaktionären Volkserziehung und -verdümmung.

Frau Dr. Wegscheider-Berlin tritt für den Antrag Dresden auf scharfe Bekämpfung des Alkoholismus ein und fordert die Eltern auf, sich für die Schule zu interessieren.

Frau Zühlme-Dresden: Leisten wir mehr für die Partei, dann werden wir auch nicht mehr über Nichtberücksichtigung bei der Kandidatenaufstellung zu klagen haben. Unser Bezirk Ostschlesien hat als einziger Parteibeitrag zwei Genossinnen in den Reichstag gewählt. Für Abtreibungsverbote hat Sachsen unter sozialdemokratischer Regierung eine Amnestie erlassen. Die Weibereignisse der Frau gegenüber dem Staat muß befestigt werden! (Lebh. Beifall.)

Frau Selbert-Kassel: Die Frauenwelt ist eine starke Anlehnung an die bürgerliche Sonntagspresse, ist künstlerisch unbedeutend und zu wenig in seelische Momente vertieft. Die Frauenwelt sollte sich zur zweiten Gleichheit entwickeln. Die Redaktion müßte allerdings einer Genossin übertragen werden. (Zustimmung und Widerspruch.)

Frau Sachs-Altenburg: Wir müssen mehr Frauen zur Wohlfahrtsarbeit und zur kommunalen Tätigkeit heranziehen. Das ist die beste Schulung.

Frau Rivera-Thüringen: Nicht nur die Resultate der Reichstagswahlen, sondern auch die Betriebsamkeit, die Elternbetriebsamkeit, die Schiedsauswahlgewahlen sind laufend genau zu verfolgen, unserer politischen Tätigkeit zugrundelegen. Die Partei muß ihre Politik demnach so einstellen, daß die Arbeiterfrauen sie verstehen und billigen können. (Teilweise Zustimmung.) Die Frauenwelt sollte auch über die Tätigkeit unserer Reichstagsfraktion berichten.

Dr. Lohmann legt die Redaktionsgrundsätze der Frauenwelt dar. Als er gegenüber einigen Kritiken an der Modebeilage betont, daß die Parteimitglieder doch nicht über der Mode stehen und z. B. Tony Sender jenseit, daß man eine kluge Klassenkämpferin und doch auch geschmackvoll nach der Mode angezogen sein könne, rüft Frau Ziegler wiederholt sehr erregt, das sei „unerhört“, was mit lebhafter Heiterkeit aufgenommen wird. Der Redner widerlegt dann die Kritik an der Frauenwelt, die weder bürgerliche Vorbilder nachahme noch unästhetisch sei. Gerade viele Proletarier wollten in ihren Feierstunden keine Glanzbilder sehen. Die systematische sozialistische Beeinflussung der Leser, wenn auch vielleicht in homöopathischen Dosen, wird mit einem Erfolg geübt, den zahlreich Briefe und Bestellungen beweisen. (Beifall.)

Einige Rednerinnen entwickeln in eindringlicher Weise unter der unverminderten Aufmerksamkeit der Konferenz ihre Gedanken über die Leistung und Ausdehnung der agitatorischen und fürsorglichen Tätigkeit.

Ein Antrag fordert, daß der Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt nicht mehr mit der Reichsliste zusammenarbeite.

Frau Kirchmann-Rühl (Rhein) als letzte Diskussionsrednerin schildert die besonderen Schwierigkeiten der sozialistischen Frauenbewegung im besetzten Gebiet und wendet sich entschieden gegen ein Einengern der Genossinnen in die inneren Parteidiskussionen, bevor sie die Gedankenwelt der Partei nicht erfasst haben.

Die Mandatsprüfungskommission berichtet, daß 114 Delegierte anwesend sind, alle Mandate werden anerkannt.

Frau Zuchacz sagt im Schlußwort, daß das Zusammenarbeiten der „Arbeiterwohlfahrt“ mit der Reichsliste sich an manchen Orten bewährt habe; man möge die Frage drüßlich entscheiden. —

In einer Anzahl Frauenbeilagen der Parteipresse stand in der Wägheit nichts von der Wahl. Die Genossinnen müssen sich um die Parteipresse kümmern, dann werden sie auch den nötigen Einfluß erlangen. Früher haben die Frauenkonferenzen fundenlang die Gleichheit kritisiert, jetzt lobt man sie auf Kosten der Frauenwelt. Filter wir uns vor Überreizungen, und wenn wir Kritik an der Partei oder ihren Einrichtungen üben, so sei sie wohlwollend und gütig! (Lebh. Zustimmung.) Arbeiten wir mit aller Kraft, dann überwinden wir die inneren Hemmungen und sind reif zur selbständigen Tätigkeit. Genossin Ziegler steht selbst schon zu hoch über den Dingen, als daß sie einen recht seinen Scherz Lohmann verüben könnte. (Heiterkeit.) Mit Hilfe der psychologischen Einschätzung der Männer werden wir Arbeit leisten, die für den Sozialismus heilsam ist. (Lebh. Beifall.)

Ein Antrag, der unter Hinweis auf das bewährte parlamentarische Zusammenarbeiten von Männern und Frauen bedauert, daß nicht mehr Frauen als Kandidaten aufgestellt wurden; der weiter besagt, daß die Genossinnen bei Kandidatenaufstellungen in Reich, Staat und Gemeinden besser berücksichtigt werden, wird einstimmig angenommen. Damit ist der Antrag Württemberg, der nur Beschränkung über die Kandidatenaufstellung führt, ohne die Genossinnen zur verstärkten Parteilarbeit aufzufordern, erledigt.

Dem Parteivorstand übermitteln wird ein Antrag auf Anbringung würdigen Grabsteines an der letzten Ruhestätte Luise Ziegler. Der Fraktion überwiesen wird ein Antrag, die Aufhebung der § 218/219 des Reichsstrafgesetzbuchs zu betreiben.

Der Antrag Wachenheim wird einstimmig angenommen, ebenso der Antrag Wegscheider auf Bekämpfung des Alkoholismus.

Der Antrag gegen die Frauenwelt erweist sich nicht als ein Antrag auf diese Konferenz, sondern als Meinungsäußerung der

Elberfelder Genossinnen, er kommt also — auf Anregung Tony Senders — gar nicht zur Abstimmung. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Vorsitzende Frau Rynga schließt die Konferenz mit einer Würdigung ihrer Arbeiten, die gewiß auch Ottilie Bader, die große Kämpferin, zufriedenstellen haben würden. Sie dankt den Berliner Genossen und Genossinnen für Empfang, Gastfreundschaft und Unterstützung.

In den dreifachen Hochruf auf die internationale Sozialdemokratie stimmen alle Anwesenden lebhaft ein und singen darauf die „Internationale“.

Schluß der Konferenz gegen 7 Uhr abends.

Deutscher Bergarbeiter-Kongress.

Der vom 15. bis 20. Juni findet in Dresden die 24. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands statt. Tagungsort ist der städtische Ausstellungspalast.

Die Eröffnung des Kongresses erfolgte am Sonntagabend in Gegenwart von Vertretern des Reichsarbeitsministeriums, des preussischen Handelsministeriums, der sächsischen Staatsregierung, des ADGB, der IFA, der österreichischen, tschechischen und holländischen Bergarbeiterverbände usw. durch den ersten Verbandsvorsitzenden Husemann.

Für den Dresdener Ortsauschuß des ADGB, entbot dessen Vorsitzender Wiesner den Willkommensgruß. Er erinnerte daran, daß der Bergbau in erster Linie dazu beigetragen habe, daß Sachsen ein Industriestaat werden konnte. Die sächsischen Arbeiter und insbesondere die Bergarbeiter hätten vielfach den Prüßten abgeben müssen für Drangsalierungen der Kapitalisten und auch der Regierungen. Die letzten Bergarbeiterkämpfe hätten gezeigt, daß das Unternehmertum nicht gewillt ist, etwas von ihren Vorteilen preiszugeben, aber die Bergarbeiter hätten auch gezeigt, daß sie zu kämpfen wüßten. Leider sei auch der Kampf mit den unnatürlichen Gegnern in den eigenen Reihen nicht erspart geblieben; auch die Bergarbeiter lehnten den Zeitpunkt herbei, wo die Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft wieder hergestellt sein wird. Wiesner ermahnte, die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten in sachlicher Weise zum Austrag zu bringen und wünschte den Verhandlungen ein herzlich „Gut!“.

Stadtrat Krüger überbrachte die Grüße der Stadtgemeinde Dresden.

Der zweite Verbandsvorsitzende Waldhacker begrüßte die Delegierten und Gäste und gedachte dann in tiefgreifender Rede, während sich die Versammlung vor den Bühnen erhoben hatte, des vor zwei Jahren verstorbenen Führers Otto Hue, durch dessen Hingehen die Organisation einen schwerwiegenden unerfüllten Verlust erlitten habe. Waldhacker gedachte weiter der in der Verfallszeit verstorbenen anderen Kameraden, erwähnte dabei, daß wieder 705 Kameraden tödlich verunglückt und ferner 205 Schwerverletzte zu verzeichnen sind. Dresden sei als Tagungsort gewählt worden, weil seit der Zwickauer Tagung 1903 keine Verbandssammlung wieder in Sachsen stattgefunden habe, weil Sachsen eine ältere Bergarbeiterbewegung aufweise als die andern deutschen Länder, weil Dresden insbesondere auf eine alte gute Arbeiterbewegung zurückblicken könne und weil endlich die Verbandstagung in Dresden einen Ansporn für die sächsische Arbeiterschaft zum Festhalten an der Organisation bilden solle.

Die Aussparungen im Ruhrgebiet und in Sachsen seien noch in aller Erinnerung und die Wunden noch nicht vernarbt. Mitte der neunziger Jahre habe der Verband 5000 Mitglieder gezählt, 1921 aber 467 000 und damit seinen Höchststand erreicht. Dann sei es aber bergab gegangen. Am 1. April 1924 habe die Mitgliederzahl noch rund 250 000 betragen, so daß in drei Jahren ein Verlust von über 200 000 Mitgliedern eingetreten sei. Dieser Abgang zeige den verhängnisvollen Einfluß einer verfallenen Wirtschaft auf die Gewerkschaften. Andererseits handle es sich meist um Leute, die die Gewerkschaft für einen Automaten halten und glauben, daß man, wenn man oben einen Groschen hineinsteckt, unten sofort wieder ein Mark herausnehmen könne, und die dann, wenn sie ihre Mühsal nicht sogleich erfüllt sehen, der Organisation wieder den Rücken kehren. Bei den bevorstehenden wichtigen Verhandlungen des Kongresses würden die Geister oft heftig aufeinander schlagen, immerhin sollte man eingebend sein, daß man auch dann Unterscheidungen die Achtung vor seiner persönlichen Überzeugung nicht verliere dürfe, und daß aus der Uneinigkeit der Arbeiterschaft nur der Gegner Vorteil ziehe. Die gegenwärtige Lage der Bergarbeiter und besonders der sächsischen sei eine sehr bedrohliche, sie erträglich zu gestalten sei Zweck und Ziel der Beratungen des Verbandstages. Hunderttausende von Augen seien jetzt auf Dresden gerichtet, mögen sie keine Enttäuschung erleben.

Dann begrüßt der sächsische Wirtschaftsminister Herrn Müller zugleich für den Arbeitsminister, die Tagung.

Der preussische Handelsminister Siering veräußerte das lebhafteste Interesse der preussischen Staatsregierung an den bevorstehenden Verhandlungen des Bergarbeiterparlamentes.

Oberregierungsrat Dr. Tiburtius vom Reichsarbeitsministerium gab dem Wunsch Ausdruck, daß die Verhandlungen des Bergarbeiter-Kongresses dem ganzen deutschen Volke zum Segen gereichen möchten.

Weitere Begrüßungsansprachen hielten die Vertreter der ausländischen Organisationen, ferner Umbreit vom ADGB, Liebe vom Bezirksauschuß der freien Gewerkschaften Sachsens, Baumester vom Internationalen Arbeitsamt in Genf, Werner vom Bund der tschechischen Angestellten und vom IFAbund. Von den tschechischen und ungarischen Arbeiterorganisationen waren Begrüßungsgramme eingelaufen, desgleichen vom IFAbund.

Zu Kongressleitern mit gleichen Rechten wurden Husemann, Waldhacker und Sender-Wiesgen gewählt.

Bekanntgegeben wurde noch, daß im Anschluß an den Geschäftsbericht die Frage der künftig einzuschlagenden Taktik in geschlossener Tagung beraten werden soll. Das Referat hierzu wird Schmidt vom Parteivorstand, des Kongressreferat Rogmann halten.

Die im Rahmen eines Festabends gehaltene Veranstaltung wurde von Darbietungen des Arbeitergesangsvereins Wachsenher Grund und des Dresdener Buchdruckervereins umrahmt.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Aussparung der Leipziger Holzarbeiter.

Die Aussparung der Holzarbeiter währte nun bereits die vierte Woche. Interessant ist festzustellen, daß die Mäcker im Unternehmerlager es sehr gut verstehen, auch in dieser Situation ihr Gewerkschaften zu machen, denn sie haben in Form von sogenannten Gehaltsbeiträgen und Wohnheimen dafür gesorgt, daß sie in der Lage sind, weiter zu produzieren, um die Kundenschaft mit den notwendigen Arbeiten zu versorgen. Dafür sind sie aber von Bude zu Bude gelaufen und haben die Kleinfrauen gezwungen, ihre 1-2 Mann, die diese beschäftigen, auf die Straße zu werfen. Dies ist ihnen allerdings nur dort gelungen, wo der Unternehmer über den wirklichen Sachstand nicht genügend orientiert war. Zur Orientierung bringen wir im folgenden die Firmen, die es verstanden, ihre Interessen auch gegenüber ihren Mitarbeitern in den Vordergrund zu stellen.

Es sind zur Zeit noch tätig im Götterphonwerk Wahren, dessen Vertreter Freise bei den Verhandlungen die Leipziger Firmen und

und die Annahme verleiht, der Elsbauer Bruno Thomas, Gehilfe, Wiedershäuser Str. 4, der Drechsler Albert Speer, Lindenau, Tischler, 6, der Polierer Paul Warkner, Sebastian-Bach-Str. 38, die Tischler von Gajewski, Schiedel, Bahnhöfstr., Augustin Richter, Wahren, Bahnhöfstr. 25, Konradt aus Hanna und ein Unorganisiertes namens Schöner, ferner die als Feuerwehrlente angehörligen Otto Barisch, Mödern, Steinmühlstr. 8 und Kurt Härtel, Lindenau, Leipziger Str. 28.

Bei der Firma Krensch, Entschliff, arbeiten noch der Bildhauer Schäffer, Entschliff, Hamburger Str. 10, der Polierer Schaf, Lindenau, Bahnmännstr. 8, L., Tischler Jesevic, Neustadt, Martannenstraße 23, I.

Bei der Firma Gottschalk, Salomonstr., arbeiten der Montagemeister und Fertigmacher Adolf Köhler, Selterhausen, Eisenbahnstraße 54, III., der Poliermeister Ernst Härtel, Lindenau, Reuterstraße, der Zuschneider Friedrich Richter, Ringer, Wölfener Str. 74, der Tischler Gustav Meiß, Reudnitz, Kreuzstr. 42, pl.

Als Hausmeister sind weiter tätig bei der Firma Kraft Behrens, Entschliff, der Tischler Richter, Entschliff, Theresienstr., und der Metallarbeiter Karl Härtel, Härtelstr. wohnhaft, letzterer wird zur Zeit mit Holzabladen beschäftigt.

Ferner bei der Firma Rosenkrantz, Wismannstr., der Tischler Julius Werner, Wismannstr. 2, weiterhin bei der Firma Buht, Moststraße, der Polierer Böhl, Schlegelstr., Rönnekestr. 38, bei der Firma Grotz, Moststraße, der Maschinenarbeiter Otto Deterich, Härtelstr. organisiert und im Hause der Firma wohnhaft.

Als besonders schief muß die Handlungsweise des Tischlers Otto Geißler, Reudnitz, Wismannstr. 26 wohnhaft, bei Tischlermeister Fröhlich, Lindenau, Weihenfelder Str., als Lehrlingsmeister bezeichnet werden. Geißler, der sich stets als einer der radikalsten gebürdet und am liebsten zu jedem Fröhlich einen „vollgepflegten Bonyen“ verzehrt, hat sich gleich am ersten Tage, nachdem seine Mitarbeiter ausgesperrt waren, an die Maschine bzw. an die Hobelbank gestellt. Er fällt also seinen Mitarbeitern in den Rücken, obgleich er bekanntlich gänzlich feig ist, da er kein Kind zu erhalten hat und seine Frau zur Zeit bei Eulig, Grimmaische Str., beschäftigt ist.

Besonders rühmlich verhalten sich in diesem Kampfe wieder eine Anzahl Meister bei verschiedenen Firmen, z. B. versetzt bei der Firma Förster Nachf., Meister Schöner, Wöhlitz, Zehmschiffstr. 1 wohnhaft, zur Zeit einen Berufsurlaub, der Holzschmiedmeister Erner arbeitet als Bader und Hilfsarbeiter, ein Zeichner namens Scheurer betätigt sich als Möbeltransporteur. Eine besondere Spezialität in diesem Betriebe ist der neugebaute Hilfsmeister Polierer Jenausch aus Großschloß, derselbe teilte dem Holzarbeiter-Verband brieflich mit, daß er dem Werkmeister-Verband beitreten werde und sich nur nach dessen Anweisungen richten würde. Wir gratulieren dem Werkmeister-Verband zu solchen Mitarbeitern, deren erstes Gebot Hausfriedensdienste bei einer Aussperrung sind.

Ferner wurde uns mitgeteilt, daß bei der Firma Müller u. Co., Köhler, der Poliermeister H. Connwitz, Hermannstr. 19, I., der Maschinenmeister Franke, Döhl, Dammstraße 11, Bildhauermeister Wilsch, sowie der Herr Obermeister Christophoritz, Steinstraße, seit der Aussperrung produktiv tätig sind.

Von der Firma Schütz wurde uns gemeldet, daß der Werkmeister Speer mit einem Lehrling Montagearbeiten in Plauen im Vogtland ausgeführt hat.

Ferner betätigen sich bei der Firma Wittge u. Co. der Werkmeister Jergang als Fertigmacher und der Maschinenmeister Schröbel als Bader.

Bei der Firma Sagenau u. Lehmann sind der Bildhauermeister Gähler, der Zuschneider Wolf, Lindenau, Uhlmannstraße, der Kalfaktor Schneider produktiv tätig, ja sogar der Herr Betriebsleiter Schlieben in Gemeinschaft mit einem Volontär schtoppen gegenwärtig im Schwelge ihres Angehens, um die Betriebsstellen für den Unternehmer während der Aussperrung herauszuwickeln zu helfen. Auch der dort beschäftigte Feuermann fällt den Aussperrten in den Rücken, indem er die von Vorgenannten fertiggestellten Produkte abtransportiert.

Auch der Herr Obermeister Friedrich, Lindenau, Stiemeringstraße, soll in Gestalt von drei älteren Unorganisierten für die Aufrechterhaltung seines Betriebes gesorgt haben.

Soweit sich unter vorgenannten Personen Mitglieder des Holzarbeiterverbandes befinden, wird deren Ausschluß aus der Organisation in der nächsten Mitgliederversammlung vorgenommen werden. An den Werkmeisterverband richten wir die Anfrage, wie er sich zu dem Verhalten seiner Mitglieder stellt. Im übrigen überlassen wir das Urteil über das Tun der obgenannten Personen der Öffentlichkeit. Die Streikleitung.

Achtung, Bauarbeiter!

Die Delegiertenversammlung am 16. Juni hat im Auftrage der Mitgliederversammlung beschlossen, nur den Anweisungen des Vorstandes zu folgen. Der Verband der Ausschlossenen will den Versuch machen, den Kampf auf der ganzen Linie in Leipzig auszuweiten. Wir ersuchen unsere Kollegen dringend, sich nicht mißbrauchen zu lassen. Alle ernstlichen Fragen sind sofort der Verbandsleitung zu melden. Telefon 70 411.

Die Streikgefahr bei der Eisenbahn endgültig beseitigt.

Wie die Telegraphen-Union von gutunterrichteter Seite erzählt, ist die Streikgefahr in Eisenbahnerkreisen als beseitigt anzusehen.

Von der Elektrizitätsgesellschaft „Sirius“ wird uns zu der von uns in der Nummer vom 7. Juni gebrachten Notiz geschrieben: Die Auszahlung des vollen Lohns an die Lehrlinge und des Restlohnans an die Gehilfen ist bereits am Freitag, dem 6. d. M., erfolgt. Lohnstag war Mittwoch, also bereits vor Erscheinen der betreffenden Zeitung vom 7. d. M. wurde der Lohn ausbezahlt. Am Mittwoch haben wir den Lehrlingen deshalb nichts ausgezahlt, weil wir sie durch volle Zahlung gegenüber den Gehilfen nicht bevorzugen wollten, bei den geringen Beträgen Teilzahlungen aber nicht in Frage kommen konnten. Wir haben deshalb den verheirateten Gehilfen mit Kindern etwas mehr ausbezahlt können, was uns wichtiger erschien, namentlich mit Rücksicht auf die Familien, denen unsere Lehrlinge angehören, für die diese kurze Verzögerung der Lohnzahlung nichts ausmachen konnte. — Die Richtigkeit der vorstehenden Angaben wird vom Betriebsrat bestätigt.

Noch kein Reichsmanteltarif der Gemeindearbeiter.

Der Arbeitgeberverband Deutscher Gemeinden- und Kommunalverbände hatte den Reichsmanteltarif, der mit dem 1. Juli 1924 abläuft, gekündigt und bei den Vorverhandlungen in Weimar am 2. und 3. Juni einen Entwurf unterbreitet, der die sozialen Einrichtungen unter das Maß von 1900 zurückdrängen wollte, dazu eine generelle 54kündige Arbeitszeit pro Woche vorschlug, die außerdem nach Vereinbarung auf 60 Stunden ausgedehnt werden sollte. Erneute Verhandlungen, die am 11. und 12. Juni 1924 in Berlin aufgenommen wurden, ergaben, daß auch jetzt noch die Arbeitgeber versuchen, den alten Entwurf als Verhandlungsvorlage zu belassen, obwohl sich die Gesamtsituation mittlerweile wesentlich geändert hat. Unter Führung der Geschäftsstelle des Reichsarbeiterverbandes wurden Verleumdungen gegenüber dem bisherigen Reichsmanteltarifvertrag vertrieben, deren Annahme für den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter absolut nicht in Frage kommen konnte. Als nun den Wünschen der Arbeitgeber am zweiten Tage in bezug auf die Arbeitszeit nicht Rechnung getragen werden konnte, brachen sie die Verhandlungen ab und erklärten sich in der Absicht, auf dem Wege des Schlichtungsausschusses wenigstens einen Teil ihrer Verleumdungen in den neuen Reichsmanteltarifvertrag hineinzubekommen.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat zurzeit nicht die Absicht, in ein solches Schlichtungsverfahren einzutreten, insbesondere nicht, da noch über 30 Differenzpunkte vorhanden sind und eine Wahl für einen etwaigen Schlichtungsanspruch damit überhaupt gar nicht stehen ist. Wir erwarten von den fortschrittlichen Stadtverwaltungen, daß sie den schichtmanteltariflichen Tendenzen in der Geschäftsstelle des Reichsarbeiterverbandes nicht folgen, sondern sich von solchen Gesichtspunkten leiten lassen, die dem Charakter der öffent-

lichen Betriebe entsprechen. Von den gesamten Arbeitnehmern der Gemeinden aber erwarten wir auch soweit sie noch anderen Organisationen angehören (sollten) die unbedingt notwendige Solidarität. Dringend notwendig ist es, daß die sozialistischen Stadtverwaltungen auf die Forderungen des Arbeiterverbandes einwirken, damit durch Abschluß eines Reichsmanteltarifvertrages, der für die Gemeindearbeiter tragbar ist, keine unzulässigen Sonderprivilegien für die heutigen Gemeindeverwaltungen entstehen.

Aussperrung der Kohlenbergwerke in Bayern. Nach Mitternachtsmeldungen hat der Arbeitgeberverband der bayerischen Kohlenbergwerke der gesamten Belegschaft am 10. Juni bis 26. Juni gekündigt, weil er die nach dem Schlichtungsamt für die Kohlenbergarbeiter zu zahlende 4prozentige Lohnzulage nicht zahlen könne. Komme eine Einigung nicht zustande, so sei mit der Aussperrung von etwa 6000 Arbeitern im bayerischen Kohlenbergbau zu rechnen.

Aussperrung der Bauarbeiter in Ostpreußen. Von Arbeitgeberseite im Baugewerbe wird mitgeteilt, daß die Mitglieder sämtlicher Arbeiterverbände des Baugewerbes die Aussperrung aller Bauarbeiter der Provinz Ostpreußen mit Wirkung vom 18. Juni beschlossen haben, da die Arbeitnehmer alle Schlichtungsangebote ablehnt hätten.

Entscheidung über den Metallarbeiterentwurf. Heber den Inhalt des Schlichtungsbeschlusses der nordwestlichen Gruppe der Metallindustrie herrscht allenthalben unter den Metallarbeitern des Ruhrgebietes große Enttäuschung. In einer ganzen Reihe von örtlichen Versammlungen des deutschen Metallarbeiterverbandes wurde der Schlichtungsbescheid abgelehnt. Die entscheidende Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Schlichtungsbeschlusses für den Deutschen Metallarbeiterverband fällt in einer für die nächsten Tage nach Essen einberufenen Versammlung der Delegierten dieses Verbandes für den gesamten Bezirk der nordwestlichen Gruppe. Die Erklärung zum Schlichtungsbescheid muß bekanntlich am 20. Juni erfolgt sein.

Volkswirtschaftliches.

Zur Krisis im Bankgewerbe.

Von Dr. Rudolf Albrecht.

Zu den wirtschaftlichen Organismen, die den Kapitalismus in der reinsten Reinkultur darstellen, gehören die Banken. Sie waren und sind der eigentliche Träger der Privatwirtschaft, die nicht nur mit ihrem eigenen Gelde, sondern auch mit dem anderer Leute Geschäfte machen und machen. Sie ermöglichten und ermöglichen durch den Kredit anderen das Eigentum an den Produktionsmitteln und stützen es — soweit sie sich nicht selbst in offener oder verdeckter Form, durch Stellung von Aufsichtsratsmitgliedern oder durch Erwerb der Aktienmehrheit zu Herrschern über Fabriken, Schiffen, Handelsunternehmungen machten. Trotzdem hingen sie sich oder hing man ihnen das Mäntelchen der Volkswirtschaftlichkeit um. Denn sie helfen ja in ihrer Weise der Volks-



Helft den Bergarbeiterkindern!

Der Kampf im sächsischen Bergbau hat den Bergarbeitern schwere wirtschaftliche Opfer auferlegt. Groß ist ihre Sorge um das Wohlergehen ihrer Kinder. Wenn auch in diesen Tagen die Arbeitsaufnahme erfolgt, so erhalten die Bergarbeiter erst in vierzehn Tagen den ersten Lohn und längere Zeit wird vergehen, bevor die drückende Not aus den vier Wänden der Bergarbeiter entweicht. Gewerkschaftsangehörige von Leipzig! Das Zwickauer Gewerkschaftsblatt bittet um Aufnahme von Bergarbeiterkindern für einige Wochen. Laßt die Bitte nicht ungehört verfallen. Melde sich jeder sofort im Gewerkschaftsblatt Leipzig, Zeiger Straße 32, Zimmer 112, oder im Ortsausgang für Arbeiterwohlfahrt Leipzig, Tauscher Straße 19/21, I., Zimmer 1, der bereit ist, ein Bergarbeiterkind aufzunehmen. Wünsche, ob Knabe oder Mädchen und Alter, werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Helft den Bergarbeiterkindern! Pflanzt in die jungen Seelen die Keime der Brüderlichkeit und Hilfsbereitschaft! Die reiche Erde nützt uns allen!

Gewerkschaftsblatt Leipzig.

Ortsausgang für Arbeiterwohlfahrt Leipzig



wirtschaft und nehmen scheinbar für diese Hilfe nicht allzu viel. Zwar hatte auch in den ruhigen Zeiten der kleine Mann, der mit der Bank arbeitete und sich dadurch oft mühsam über Wasser hielt, ein feines Gefühl dafür, wie mühselos die Bank ihre Geschäfte machte, wenn er sagte: „Der Bankier braucht nicht aus seinem Zimmer herauszugehen. Will man von ihm Geld haben, muß man zu ihm gehen, will man ihm welches bringen, muß man auch zu ihm.“

Die Maske der Banken fiel mit der Inflation. Wo ist da von ihnen allen eine einzige gewesen, die sich zur rechten Zeit aufgeschwungen, das ganze Bankgewerbe mitgerissen und Volk und Regierung gesagt hätte: „So geht es nicht weiter, so treiben wir dem Untergang entgegen!“ Wer kann auch nur einen einzigen Fachmann von den hunderten, die das Bankgewerbe hat, namhaft machen, der mit einem brauchbaren Vorschlage zur Stabilisierung unserer Währung hervorgetreten wäre? Wo waren die Banken, bei denen doch von allen Ecken und Enden die Papiergeldflut zusammenströmte, als es sich darum handelte, Kredite für Lebensmittel und Rohstoffe zu beschaffen? Und welche Schwierigkeiten haben sie den Werken gemacht, wenn die nicht wußten, woher sie das Geld für die Löhne nehmen sollten! Man rede uns doch nie wieder von nationalen oder volkswirtschaftlichen Aufgaben der Banken. Die Schamröte muß einem ja ins Gesicht steigen, wenn einer von der Zunft noch so dummdreist zu lägen wagt. Die Tatsachen der letzten Jahre haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß nichts anderes als nachtes Gewinnstreben, ohne Rücksicht auf die Nation, ohne Rücksicht auf die Volkswirtschaft, die Banken in ihrem Tun geleitet hat. Ich will hier von den kleinen Winkelbanken vollständig absehen, die in allen Städten wie Pilze aus der Erde schossen. Sie haben sich niemals das Mäntelchen diene umgehängt, daß sie der Nation und der deutschen Volkswirtschaft dienen wollten. Die Gründer dieser kleinen Quetschen hatten als Angestellte in mittleren und größeren Banken gesehen, wie man seinen Reibach macht und sagten sich: „Warum soll ich die Sache nicht für mich allein schmeißen?“ Diese kleinen Quetschen sind zum Teil wieder verschwunden und werden allesamt weggefegt werden.

Auch unter den mittleren und großen Banken beginnt es zu kriseln. Bei den meisten wird es keine Dividende geben. Das tut den Aktionären begrifflicherweise sehr wehe. Sie vermögen es nicht zu fassen! Und dabei ging doch das Geschäft scheinbar so glänzend, eine Filiale nach der anderen wurde aufgemacht, das Aktienkapital vergrößert, die Umsätze an der Börse ins Riesenhafte gesteigert. Aber die Profitgier hat alle Schranken durchbrochen. Es war ein offenes Geheimnis: vom 1. Direktor bis zum letzten Stüt spekulierten alles, wollten alle möglichst bald und mühselos reich werden. Die Spielwelt legte wie eine Epidemie über die Banken hin. Mit eigenem und fremdem Gelde wurde spekuliert und nichts wie spekuliert, Warengeschäfte für eigene Rechnung von Banken gemacht, die uns Fabelhafte grenzen. Geschoben wurde bei den Aufträgen der Kundschaft, daß es nur so eine Art hatte und mancher leitende Bankmann hat durch derart unredliche Manipulationen ein Vermögen erworben. Ob er es behält, ist eine andere Frage. Die Gerichte werden da noch mancherlei zu tun bekommen. Dazu werden empfindliche Bankaktionäre und Bankkunden schon die nötige Veranlassung geben. Heute schon darf man von einem großen Mißtrauen des Publikums den Banken gegenüber sprechen. Das Publikum, das noch Geld hat, ist sehr zurückhaltend geworden in der Anlage seines Geldes. Die Banken haben infolgedessen kein Geld mehr. Es hat eine große Stockung im Geldumlauf eingesetzt. Das ist eine große wirtschaftliche Gefahr.

Denn heute bedeutet Geld noch das Blut der Wirtschaft. Und wie das Blut durch den Körper strömen muß, wenn er lebendig und gesund bleiben soll, so muß das Kapital in der Wirtschaft zirkulieren. Die Banken selbst sind es schuld, wenn die Stockung da ist im Geldumlauf.

Das volkswirtschaftliche Mäntelchen der Banken ist gefallen. Kaum noch ein Feigenblatt deckt ihre profitstüchtige Blöße. Aber Geld muß geschaffen werden. Vor allem für die genossenschaftlichen Einrichtungen. Sie sind die Schrittmacher, die uns aus dem Privatwirtschaft hinein in die Gemeinwirtschaft, aus dem Kapitalismus in den Sozialismus. Und wenn sich die Genossenschaft dabei kapitalistischer Mittel bedient, so geht das heute noch nicht anders, wo eben die Welt wirtschaftlich noch auf kapitalistischem Boden steht. Aber in diesem Falle heiligt der Zweck wirklich die Mittel. Darum war es und ist es sozialistisch durchaus richtig, daß der Konsum seine Mitglieder zu Spareinlagen auffordert und ihnen dieselben hohen Zinsen bietet, wie das die Banken und Sparkassen tun. Zu überlegen wäre höchstens, ob sich nicht für später die Organisation eigener Genossenschaftsbanken empfehlen würde, die zwar in enger Interessengemeinschaft mit dem „Allgemeinen Konsum-Verein“ arbeiten, im übrigen aber selbstständig wären. Solche Genossenschaftsbanken wären nebenbei auch noch Werbemittel für den Sozialismus, wie man sie sich nicht besser denken kann. Man braucht die Macht des Geldes keineswegs zu überschätzen, wenn man das Geld für sehr mächtig hält. Und wird das Geld erst durch eine ewig gültige Idee bewegt, so kann seine Macht ins Riesenhafte gesteigert werden. Der Sozialismus ist dem Kapitalismus gegenüber die höhere Lebensform. Er hat deshalb die Pflicht, sich durchzusetzen. Und zwar mit allen geistigen Mitteln. Darunter steht die Bewegung des Kapitals in seinem Sinne nicht an letzter Stelle.

Der Reichsbankausweis.

Nach dem Ultimo hat der Status der Reichsbank eine Entlastung erfahren, die allerdings der Mehrinspruchnahme in der letzten Maiwoche (+ 17 Trill. Mk.) nicht ganz gleichkommt. Wie der vorliegende Ausweis vom 6. Juni zeigt, hat sich die gesamte Kapitalanlage in der ersten Juniwoche um 12,9 Trill. Mk. auf 2150,6 Trill. Mk. ermäßigt. Diese Entlastung ist in der Hauptsache auf Rückzahlungen im Rentenmarkwechsel- und Lombardgeschäft zurückzuführen. Der Bestand an Rentenmarkwechseln ermäßigte sich um 5,5 Trill. Mk. auf 1131,6 Trill. Mk., der an Rentenmarklombard um 7,9 Trill. Mk. auf 100,7 Trill. Mk. Dementsprechend erhöhten sich auch die Bestände der Reichsbank an Rentenmark, und zwar um 12,1 Trill. Mk. auf 334 Trill. Mk., so daß sich der Betrag an umlaufenden Rentenmark nach den Ziffern der Reichsbank um denselben Betrag auf 1716,4 Trill. Mk. ermäßigte. Wenn daneben der Umlauf an Reichsbanknoten eine Vermehrung um 27,4 Trill. Mk. auf 954,2 Trill. Mk. und der Bestand an fremden Geldern eine solche um 41,1 Trill. Mk. auf 845,6 Trill. Mk. erfahren, so hängt das zusammen mit dem Zufluß von Devisen an die Reichsbank infolge der Erleichterung des Devisenmarktes, die zum Teil auf die Wirksamkeit der Deutschen Golddiskontbank zurückzuführen ist. Der Goldbestand der Reichsbank blieb unverändert; dagegen vermehrte sich der Bestand an Scheidemünzen um 7 Trill. Mk. auf 13,1 Trill. Mk. infolge weiterer Anlieferungen von Reichsilbermünzen an die Reichsbank. Der Darlehensbestand bei den Darlehenskassen verminderte sich weiter um 0,1 Trill. Mk. auf 0,9 Trill. Mk.; der Bestand der Reichsbank an Darlehenskassenscheinen ermäßigte sich entsprechend.

Stand der Reichsfinanzen. Nach dem Ausweis der Reichshauptkasse betragen die Einnahmen für die Zeit vom 1. bis 10. Juni 99,6 und die Ausgaben 97,5 Goldmillionen. Es ergibt sich also ein Uberschuß von 2,1 Millionen. Für den Rückkauf von Goldschatzanweisungen wurden nur 4,1 Millionen verwendet. Der dem Reich aus dem Verkauf von Rentenmarkschatzwechseln zur Verfügung stehende Betriebsmittelfonds verringerte sich um 22 Millionen auf 134,1 Millionen.

Stillelegung von Kaliwerken. Das Kaliwerk Aschersleben hat seinen gesamten Betrieb stillgelegt. Die noch restliche Belegschaft von 600 Mann ist auf zwei Monate entlassen worden. Auch die Kali-Gewerkschaft Carlshaus hat den Betrieb eingestellt und sämtliche Arbeiter entlassen.

Ämtliche Preise der Produktenbörse.

Berlin, 16. Juni.

Produkte	16 Juni	14 Juni
Weizen, märkischer	147—151	147—151
Roggen, märkischer	128—134	128—134
Gerste, Sommer	148—154	148—154
Winterr	137—143	140—147
Hafer, märkischer	128—134	128—133
Weizenmehl	21,25—23,75	21,25—23,75
Roggenmehl	18,50—21,25	18,50—21,25

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 16. Juni. Auftrieb: 528 Rinder (151 Ochsen, 112 Bullen, 72 Kalben, 193 Kühe), 409 Kälber, 505 Schafe, 1485 Schweine, zusammen: 2927.

Preise für 50 kg Lebendgewicht (in Goldmark):

	heute	vorher	heute	vorher	
Ochsen . . . 1. Kl.	48—52	46—50	Kühe . . . 5. Kl.	17—25	15—25
„ . . . 2. Kl.	40—48	38—46	Kälber . . . 1. Kl.	—	—
„ . . . 3. Kl.	30—40	28—36	„ . . . 2. Kl.	56—61	60—65
„ . . . 4. Kl.	22—30	—	„ . . . 3. Kl.	45—56	50—60
Bullen . . . 1. Kl.	40—48	38—42	„ . . . 4. Kl.	30—45	33—50
„ . . . 2. Kl.	34—40	32—38	Schafe . . . 1. Kl.	52—56	45—48
„ . . . 3. Kl.	28—34	24—32	„ . . . 2. Kl.	40—52	30—45
„ . . . 4. Kl.	22—28	—	„ . . . 3. Kl.	26—40	20—30
Kalben und Kühe . . . 1. Kl.	48—52	46—50	Schweine 1. Kl.	52—53	48—50
„ . . . 2. Kl.	48—52	46—50	„ 2. Kl.	50—52	48—50
„ . . . 3. Kl.	38—45	36—46	„ 3. Kl.	42—50	46—48
„ . . . 4. Kl.	28—38	25—36	„ 4. Kl.	42—50	42—46
„ . . . 5. Kl.	—	—	„ 5. Kl.	42—50	42—46

Großhandelspreise in Leipzig.

Am 16. Juni kostete ein Zentner in Goldmark ab Lager Leipzig:

Kaffee, roh 180—320	Tafelreis glac. 24,25—44
Kaffee, geröstet 240—420	Burma-Reis 17,25—18,50
Getreidekaffee 19—28	Buchweizen 14,75—16
Korinthen, 1923 er Ernte 65—80	Hartweizengriess 21—24
Rosinen, 1923 er Ernte 60—75	Weizengriess 17—18
Sultaninen in Kisten 70—95	Weizenmehl 13,75—16
Mandeln, bittere 190—155	Weisse Bohnen 21—23,50
Mandeln, süsse 185—160	Linzen 22,50—37,50
Mandeleratz 65—80	Speiseerbsen 15—28
Schwarzer Pfeffer 100—110	Makkaroni 87—41
Weisser Pfeffer 135—145	Eierschnittmehl 84—88
Piment 85—90	Schnittmehl 20—23
Kümmel 115—125	Ringpfeffer, amerikanische 78—85
Speiseöl 65—100	Pflanzen, getr. 29,50—45
Teo 350—450	Mohnnat 43—45
Heringe, gesalzen (in Originaltonnen) Winterfang	Molkereibutter 158—180
Schotten 46—55	Schweinefleisch 63—65
Norweger 25—38	Margarine 55—82,50
Gerstengruppen 16—17,50	Corned beef, 12/6 lbs., Kiste 34-36
Haferflocken, lose 16—17	Corned beef, 48/1 lbs., Kiste 29,50-30
Haferflocken, in Pak. 21,75—23,25	Speck, gesalzen 66—74
Kartoffelmehl 20—22,50	Kunsthonig 35—40
Maisbrockenstärke 26—27	Hirse 18,50—20
Weizenstärke 34—36	Gen. Zucker 35,50—38
Reisstärke 48,50—48	Wirtelzucker 40—44
	Talg 52—54.

Sturm über Asien.

Von Eduard Erbes.

III.

Der 1870 geborene Jerempil hatte die gewöhnliche Hochschulausbildung eines buddhistischen Mönchs genossen und war dann durch die Verbindungen seines Lehrers nach Petersburg gelangt, wo er der Spionageabteilung des russischen Generalstabs zugeteilt und für den Bezug eines Geheimagenten vielseitig und sorgfältig vorbereitet wurde. Im Jahre 1900 unternahm er seine erste amtliche Erkundungstour nach den indischen Grenzgebieten und löste die Aufgabe so zufriedenstellend, daß er schon bald darauf mit einem Waffentransport nach Tibet betraut wurde. Er errichtete mit diesem Material eine Waffenfabrik in Chasa, die der Verteidigung gegen einen befürchteten Einfall der Engländer dienen sollte. Die Engländer stellten tatsächlich auch 1904, als sich Tibet ihren Ansprüchen nicht gefügig zeigte, in Tibet ein, und da das damals in den Krieg mit Japan verwickelte Rußland den Tibetern nicht zur Hilfe kommen konnte, gelang es ihnen, einen Vertrag zu erpressen, der indes durch das geschickte Eingreifen der chinesischen Diplomatie später unschädlich gemacht wurde. China aber, durch diese Vorgänge erschreckt, begann sich nun energisch um Tibet zu kümmern, stellte Osttibet unter unmittelbare chinesische Verwaltung und drach mit Nachdruck den hier und da aufflammenden Widerstand der Mönche. Rußland dagegen hatte sich des beim Anrücken der Engländer nach der Mongolei gestülpten Dalai Lama angenommen, und bei den Versuchen, den Chinesen bei der Okkupierung Tibets Widerstand zu leisten und den Dalai Lama ganz unter russischen Einfluß zu bringen, spielte auch Jerempil eine große Rolle. Durch den 1907 abgeschlossenen englisch-russischen Vertrag, der Tibet als integrierenden Bestandteil Chinas anerkannte, sah sich die Partei der Mönche, die Tibet dem chinesischen Einfluß zu entziehen und zu einem selbständigen Priesterstaat unter russischem Protektorat zu machen gehofft hatte, enttäuscht und suchte nun mit dem austretenden, mit Tibet durch die gemeinsame buddhistische Religion verbundenen Japan Fühlung. Jerempil war hier wieder einer der leitenden Männer; er führte den japanischen Mönchsdiplomaten Teramoto beim Dalai Lama ein, war aber gleichzeitig auch stark beim Anknüpfen neuer Fäden mit Rußland beteiligt. Als die chinesische Regierung den Dalai Lama, der sich als ein äußerst gefährlicher Intrigant herausstellte, in Chasa aufheben wollte, entkam er gewarnt über die indische Grenze, während Rußland in seinem Interesse intervenierte und China zu abnormen Verhandlungen mit ihm nötigte. Während diese noch schwebten, begann in Osttibet eine neue energische Kolonisationsstätigkeit durch den chinesischen General Tschau, der aber der Ausbruch der chinesischen Revolution 1911, in der Tschau umkam und seine Armee sich auflöste, ein jähes Ende bereitete. In Osttibet brach ein von den Mönchen unter Jerempils Führung vorbereiteter und durch die allgemeine Verwirrung begünstigter Aufstand aus; die chinesischen Kolonisten wurden in grausamster Weise ermordet oder verjagt, und Chinas bedrängte Lage ließ es 1912 zu einem Vertrag zwischen Tibet und der Mongolei kommen, der zugleich in geheimen Klauseln England die Suprematie über Tibet, Rußland die über die Mongolei einräumte. Inbes stärkte die Berufung Nguan Dorjts zum Ratgeber des Dalai Lama 1913 den russischen Einfluß in Tibet wieder. Der Weltkrieg brachte neue Kräfteveränderungen und stärkte dadurch Chinas Stellung; gegen es operierten mit englischer wie auch russischer Unterstützung tibetische Scharen unter Jerempils Leitung. China schloß nun 1919 mit Tibet einen neuen Vertrag, der ihm Möglichkeiten zur Neugewinnung des Landes bot. Jerempil, hiermit nicht eben zufrieden, wie mit der Haltung der allmählich immer mehr zu England neigenden höheren Geistlichkeit, verließ das Land und begab sich nach Rußland, das eben durch die schweren Kämpfe der Bolschewisten mit den weißen Armeen zerrissen wurde. Zuerst beim Stabe Kollschaks, geriet er bei dessen Niederlage in bolschewistische Gefangenschaft und wurde, nachdem Trotski persönlich seiner ansichtig geworden war, abermals dem Generalstab als politischer Agent zugeteilt. In russischen Diensten gelangte er aufs neue nach Tibet, wo inzwischen England sich mehr und mehr eingemischt hatte und sich durch Schaffung einer eigenen tibetischen Armee gegen China wie auch gegen die in Asien schon überall sichtbar werdenden bolschewistischen Einflüsse zu sichern suchte. Die Ausbeutung Tibets durch die Engländer und die diesen zu verdankenden Militärlasten reizten weite Volkskreise gegen die britische Macht auf, und bolschewistische Gedanken fanden wie in ganz Asien so auch in Tibet lebhaften Anklang. Freilich von dem kommunistischen Programm hörte man in Tibet wie in Asien überhaupt wenig und hätte auch vorläufig nicht viel davon begreifen können. Befreiung von der englischen Herrschaft und damit ein Ende der fremden Ausbeutung, Aufheben der inländischen Ausbeutung durch Aufteilung des Großgrundbesitzes und Beseitigung der Privilegien der mit dem europaischen Ausbeutertum verbündeten und von ihm Nutzen ziehenden privilegierten Schichten, Schaffung einer Bevölkerung von freien und besitzenden Kleinbauern und Kleinbürgern — das verstand die Bevölkerung der noch unter dem Feudalismus leidenden asiatischen Länder, und das betont darum auf asiatischem Boden auch die bolschewistische

Agitation, die hier in erster Linie als Träger der Idee der nationalen und wirtschaftlichen Befreiung auftritt. Doch scheint sie dabei zunächst nicht genug auf die eigenen Ideen der Asiaten eingegangen zu sein und es vor allem bis vor kurzem es noch nicht in hinreichendem Maße verstanden zu haben, die religiösen Ideen der asiatischen Nationen ihren Zwecken dienstbar zu machen. Indes sprechen Anzeichen dafür, daß dies nun anders wird, da das bisher beliebte schroffe Vorgehen gegen jede Art Religion der bolschewistischen Propaganda bei den Anhängern der verschiedensten Lehren vielfach erheblich geschwächt hat. Auch Jerempil hat sich nach den Schlussbemerkungen des Herausgebers durch Angriffe gegen seine Religion angewidert aus dem politischen Leben zurückgezogen und lebt jetzt, nur mit religiösen Dingen beschäftigt, wenn auch ohne Zweifel aufmerksam dem Gang der Politik folgend, in einem abgelegenen Kloster. Jedoch sind Anzeichen vorhanden, daß man in Moskau diesen Fehler eingesehen hat und in Zukunft, soweit der Charakter der verschiedenen Religionen es möglich macht, eher versuchen wird, sie selbst im Anschluß an die Gedanken asiatischer Kommunisten zu Werkzeugen bolschewistischer Propaganda zu machen. Während aber Christentum und Islam im allgemeinen zu permissiv sein dürften, um eine religiöse Stütze für den doch theoretisch auf der Wissenschaft des 20. Jahrhunderts basierenden Kommunismus zu geben, verhält sich die Sache beim Buddhismus wesentlich anders. (Schluß folgt.)

Kleine Chronik.

Potsdam in Weimar. Es gab eine Zeit, da verfolgte man die deutsche Nationalversammlung nach Weimar, um ihr damit eine höhere Weihe zu geben. Man zog von Potsdam nach Weimar, vom zusammengebrochenen militärischen zum älteren und neuen kulturellen Deutschland. Wenigstens legten diese diese Wanderung so aus. Heute findet abermals eine Wandlung statt, aber es ist Potsdams Geist, der sich Weimar unterwirft. An sehr augenfälligen Anzeichen dafür fehlt es leider nicht. Man kann es jetzt sehr leicht erleben, daß Hitlerjünglinge ihre blöden Faxen unmittelbar vor dem Goethehaus am Frauenplan aufzuführen. Geht man nach Betschdorf, so wird man dort künftig die Übungen der Landespolizei bewundern können. Nun kommt als Neues hinzu, daß die Thüringer Staatsregierung den Weimarer Part zu einer umfangreichen Vieh- und Landwirtschaftsausstellung hergegeben hat. Es ist schlimm genug, wenn historische Stätten im Krieg entweiht und vernichtet werden müssen, aber es bedeutet einen unentschuldbaren Mangel an Kulturgefühl, wenn man diese Zerstückelungsarbeit im Frieden fortsetzt.

Karl Reinecke-Feier. Aus Anlaß des 100. Geburtstages von Karl Reinecke findet am Freitag, dem 20. Juni, abends 7 1/2 Uhr, ein Konzert im Konservatorium und am Sonntag, dem 22. Juni, vormittags 11 1/2 Uhr, ein Konzert unter Leitung von Prof. Max Fiedler (Essen), einem Schüler des Meisters, im Gewandhaus statt. In beiden Konzerten gelangen ausschließlich Werke von Karl Reinecke zu Gehör, der bekanntlich vor Arthur Niksch 36 Jahre die Gewandhauskonzerte dirigierte und 42 Jahre als Lehrer bzw. Studienleiter am Leipziger Konservatorium tätig war.

Fünfter Volkshilfentag. In der Zeit vom 20. bis 22. Juni findet in Hildesheim der fünfte Volkshilfentag statt, der zugleich der vierte Vertretertag des Bundes der deutschen Volkshilfenvereine ist. Eine öffentliche Rundungung anläßlich der Hildesheimer Tagung wird Ansprachen des Reichskunstmars Dr. Redtke und des Intendanten Jekner bringen. Im übrigen leben die Verhandlungen Vorträge von Paul Eggers-Breslau, Oberstudienrat Dr. Löwe-Gelsenkirchen, Reichstagsabgeordneter Max Sembewitz-Zwidau, Julius Bab-Berlin, Pastor Dr. Köring-Breslau und dem Direktor der Berliner Volkshilfene Fritz Hoff vor.

Gerhard Wante vom Leipziger Schauspielhaus ist ab 1. September d. J. dem Düsseldorfener Schauspielhaus verpflichtet worden.

Kamerad „Krislus“

oder

Bäulische Berichterstatter im Himmel.

Petrus sah — etwas schläfrig — am himmlischen Ausguck, um ihn herum einige Englein. Blößlich horcht er auf; die Himmelsstirne herauf kamen irgend einige Burschen gezogen. Er hörte gerade noch den Schluß des Liedes...

„Blaues Aug und blonde Haare
Gelten noch im Vaterland,
Die Abteilung „Rassenrein“
Werden wir genannt.“

Da erdönte ein schneidiges „Halt!“ und der Führer klopfte ans Himmelstör. Neugierig musterten ihn die Englein; denn er trug allerhand Abzeichen mit Worten, wie: Jungbo, We-Wo, A... und die Englein riefen: „Aber das wird sein; mit dem können wir Silbertrüffel spielen.“ — Petrus fragte nach seinem Begeh.

Der Gast: „Ach, wir möchten Sie, Excellenz sprechen!“
Petrus: „Sie irren sich vielleicht. Sie wollen doch wohl in die himmlische Seelenklinik?“

Der Gast: „Ich verbitte mir diesen Ton! Ich ersuche Sie dringend, mich einzulassen, andernfalls sehen wir uns genötigt, eines unrer Kommandos einzuziehen!“

Da öffnete Petrus tüschlotternd und ließ die Herren ein. Salutierend traten sie vor den Meister.

Der Gast: Excellenz, damit Sie von vornherein sehen, daß Sie keinen Unwürdigen empfangen, erlaube ich mir, mich vorzustellen: „Hilfsbrand Christian Blutgut, Berichterstatter der „Volksgemeinschaft aller deutschen Arbeiter, Telegrammadresse „Dada“. Ich verbitte Ihnen, daß wir echte, christliche Kameraden von Ihnen sind. Der Meister lächelt.

Der Gast: Ich habe den Auftrag meiner Presse, Sie um einiges zu befragen. Sie sind doch wohl auch mit uns der Überzeugung, daß, ah, Kommunisten, Juden und andres Geklügel nichts in unserm Reiche zu suchen haben?“

Der Meister: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt.“

Der Gast: „Nun ja, aber diese Gesellschaft verdient doch wenigstens, daß wir (man) sie austreiben?“

Der Meister: „Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Gottes Kinder heißen.“

Der Gast: „Aber es sind doch nur Schädlinge an unsrer Menschheit. Sie werden doch wohl zugeben, daß wir sie unschädlich machen?“

Der Meister: „Wer von euch ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein auf sie.“

Der Gast: „Durch ihre Art, uns gar nicht ernst zu nehmen, fühlen wir christlichen und treuen Bürger uns geradezu geohfekt.“

Der Meister: „So Dir Dein Feind einen Streich gibt auf Deine rechte Wange, so reiche ihm auch die linke dar.“

Der Gast: „Ach, nichts für ungut, Herr Kamerad, aber das wäre für einen anfänglichen, christlichen, patriotischen, ehrenwerten Menschen doch recht unkorrekt. Es ist gut, daß niemand aus meinem Kasino das gehört hat. Wir mühten sonst vom Befehl mit Ihnen absehen.“

Der Meister lächelt nachsichtig.

Der Gast: „Aber Sie sind doch wohl mit uns der Meinung, daß diese Schädlinge unser Volk, vor allem alle Weisenden, um Hab und Gut bringen?“

Der Meister: „Sammelt euch nicht Schätze, die die Motten und der Rost freffen!“

Der Gast: „Sie sind recht unkameradschaftlich mit uns! Und wir gebeten doch so oft Ihrer: Keine Feiler, keine Denkmalsentheilung, keine Fahnenweihe geht vorüber, ohne daß wir vollzählig, laut und deutlich Ihrer gedenken!“

Der Meister: „Wenn Du betest, so gehe in Dein Kämmerlein und bete zu Deinem Gott im Verborgenen.“

Der Gast: „Oh, das machen wir außerdem noch. Aber Sie sehen doch gewiß auch, daß alle die, die nicht zu uns gehören, Kerls ohne jeglichen Schluß sind und sitzlich völlig verkommen sind.“

Der Meister: „Was siehst Du aber den Splitter in Deines Bruders Auge und wirfst nicht gewahr des Balkens in Deinem Auge?“

Der Gast (ärgerlich): „Mit Ihnen ist nicht zu verhandeln; Sie sind uns zu kleinlich. Empfehle mich. (Verbeugung.)

Der Meister lächelt nachsichtig.

Petrus: „Na, solche können wir im Himmel nicht gebrauchen!“

Der Meister: „Doch, weißt du's nicht mehr? Selig sind, die geistig arm sind; denn ihrer ist das Himmelreich.“

Friedrich Kreyffig.

Die Schauspielerin.

Für Lina Carstens.

Es gekst in Deinem Schrei das Leid der Frau,
Und Hysterie stellt auf in ihren Flammen.
Im Deines hohen Hauptes würdig Frau
Weht Adelsstolz mit Ironie zusammen.

Ein Knabe, schreiest Du einher ganz rein,
Unschuldig jung und kindlich froher Seele;
Kofotte dann, selbst Dirne: wist, gemein,
Würgst mit Strenge lange geile Kefle.

Als wider Comboy schwingst Du niggerfongs,
Bei deren Rhythmus unist Herzen toll;
Du plauderst sanft im Klang des milden Gongs;
Aus Deiner Brust des Volkes Stimmen grollen.

So bist Du, dunkle Sphing: gefählich, zart,
Mit Berwe und Blutes Blut vermählend Käufle. —
Wohlan denn, Freunde! Die ihr Zeugen wart,
Grüßt mit Applaus in dankendem Gefühlle.

Bongdala.

Das zerstückte Ameisenreich.

Von G. J. A. van Bruggen.

Aus dem Holländischen überetzt von E. v. Hollander.

Copyright by Max Rascher Verlag, Zürich.

XXXVIII

Aus dem weisungsmäntigen Hafen steuerte das elegante Fahrzeug auf die Mitte des Stromes zu. In dem hellen, lauen Frühlingstag blinnte der Fluß wie Blei. Scharf schnitt bei seiner schnellen Fahrt das Boot einen langen Spalt hinein.

Rings um den Mann in dem Boot standen die Berge. Berschwümden klein fühlte er sich zwischen ihnen. Sie glitten, während er weiterfuhr, auseinander und öffneten die abgeschlossenen Windungen des Flusses, und hinter ihm schoben sie sich wie Vorhänge vor das Panorama der Stadt.

Diese Bewegung der Berge schien von ihm auszugehen. Wenn er nicht hier gewesen wäre, würde dies nicht geschehen sein. Dann hätten sie unbeweglich an dem stehenden Wasser gestanden, links der hohe keile Kamm, mit Leuzlaus buslig übersponnen, bis zu der Stelle, wo die Bäume, die vollen Kronen wie Fontänen von goldenem Grün emporentend, wie Wolken sich von der dünnen Bläue der Luft abhoben; an linken Ufer, das sanft abfiel, Häuserdächer und Grassflächen, unterbrochen von den Schutthäufen der Steinbrüche, an denen Leitern lehnten und wo Wagen voll Gestein wartend auf einem Gewirz von schmalen Geleisen standen.

Hier waren keine Spuren von Menschen. Und Jonathan fühlte deutlich; wenn an den Ufern die Pflüger ihre Gespanne über die Felder hin zogen hätten, die Steinwände vom Knall der Sprengungen, vom Pöden der stählernen Hämmer gegen das Gestein geschallt hätten, wenn über das Geleise, das an seiner linken Seite zwischen zwei weißgelblichen Jäunen lag durch die smaragdgrünen Weiden in einem schmalen Streifen hinzog, der die Höhe hinanstieg, sich Züge bewegt hätten, mit ihren weißen Dampfswolken, dem regelmäßigen Geräusch ihrer Räder, — er wäre wie ein Vorbeiziehender

gewesen, wie jemand, der, während er herumreist, häufig neue Dinge sieht und sich nicht darüber verwundert.

Nun war es, als schöben die Dinge sich an ihm vorbei. Die Berge bewegten sich, um ihm die Landschaft zu öffnen, und immer gleiche Streifen der Schienen zwischen den weißen Jäunen, glitten wie fließendes Wasser an ihm vorüber.

Boweißen lehrte plötzlich alles um, und er sah sein Boot schnell durch das Wasser schießen. Aber das dauerte eine Sekunde. Dann begannen von neuem die Ufer zu gleiten, die Berge wie eine Leibe Tiere nach rückwärts zu laufen, die Flußwindungen öffneten sich und schloß sich wieder und mitten in all diesem wunderlichen Gewirz von Bergen und Auen lag, wie ein Staubkorn so klein, das Boot auf dem stillen Spiegel des Flusses.

Jonathan versuchte seinen Gedanken einen Halt zu geben, indem er die Dinge aufzählte, die an ihm vorbeiglitten. Dort führte vom rechten Ufer eine Anlegebrücke in den Fluß hinein. Zwei Boote waren daran gebunden. In einer Bucht hinter den Felsen lag ein Wirtschafts verstedt unter ein paar Bäumen.

„Ein Wirtschafts“, dachte der Mann im Boot. Und es war einem Augenblick, als kehre er in die Welt der Menschen zurück. Er nahm kein Fernglas an die Augen und versuchte die Namen zu lesen, die mit roten Buchstaben auf die weißen Schiffe gemalt waren. Marx hieß das eine, Harriet das andre. Als hätte er damit eine ganz besondere Entdeckung gemacht, fühlte er sich glücklich. Einen Augenblick war er seiner selbst sicherer.

Aber das Motorboot, das weiterhoch, öfnete eine neue Fernsicht. Das Gebirge zur linken Seite wich vom Flußufer zurück; um einen spizen Kirchturm, klein in der grünen Weite, gruppierte sich ein Dorf mit weißen Häusern. Lichter blühten auf dem goldenen Silberblatt und verschwanden wieder. Im Fluß war ein kleines Schwimmbad angelegt; wie bunte Fahnen wehten Badeanzüge, rote und blaue und weiße, auf einer Leine.

Im Rückspiegel führte durch den Wald ein Pfad nach der Ruine oben auf dem Berge.

Jonathan kannte den Namen des Berges, der Ruine und des Dorfes, aber er war noch nie hier gewesen. Warum, wußte er nicht.

Er hätte mit seinen Kindern, dachte er, einmal Sonntags hierher gehen können, um die Aussicht zu genießen. Aber das lag außerhalb seiner Welt, außerhalb der Welt all seiner Kameraden. Sklaven, die sie waren. Der Lehrer in der Schule hatte sie schreiben und rechnen gelehrt; die Schönheit der Wälder und Berge zu suchen hatte er sie nicht gelehrt. Konnte er sie selber?

Hallo — aufpassen! Noch gerade rechtzeitig steuerte er sein Boot in das tiefere Wasser hinein. Schäumend und weiß spülte der Fluß über eine Sandbank. Der sehr tiefe Strom riß mit großer Gewalt das Fahrzeug weiter, ein Felsblock spaltete das stehende Wasser wieder in zwei Bahnen. Vorsichtig steuernd, den Motor auf halbe Kraft gestellt, folgte Jonathan dem rechten Strom, der ihn nicht an das steile Ufer brachte. Bäume neigten sich über die schwarze Tiefe; in den Felspalten wucherten junge Brombeeren und Geu.

Hier wollte er Mittagsruhe halten. Er stellte den Motor ab und band das Boot an einem Ast fest.

Es war kühl im Schatten. Durch die Fensterwand der Kajüte, in die er sich begeben hatte, um sich seine Mahlzeit zu bereiten, sah er das weiße Licht auf dem Fluß. Wie ein Spielzeug lag das Dorf an der Bergwand. Er konnte den Bahnhof unterscheiden, wo drei Güterwagen auf einen Zug warteten. Auf dem kleinen Balken waren Obstkörbe aufgestapelt; ein großer lederner Handkoffer stand einsam neben der Signallampe.

Hier war kein Leben. Hier war nichts als ein Mann, der sich selber in der gläsernen Kajüte eines kleinen Luxusbootes Kartoffeln schälte sah. Auf der rotlamtenen Bank war für acht oder zehn Personen Platz. Es war wie in einer Trambahn und er der einzige Passagier.

Zu wiederholten Malen schaute er auf. Sah da nicht jemand? War da etwas? Hörte er nicht ein Geräusch?

Wie sollte er sich nun wieder an diese Einsamkeit in dem stillen Wasser mit dem regelmäßigen, leisen Plätschern gegen die Bootswände gewöhnen? In die unglückliche Weite zwischen den Bergen zwischen denen der Fluß wie eine verlorene Pflüge lag?

(Fortsetzung folgt.)

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 17. Juni.

SPD. Groß-Leipzig.

(So ruft die Pflicht?)

SPD. Groß-Leipzig.

Heute abend 7 Uhr im Volkshaus Bericht vom Reichsparteitag.

Wohlfahrtspflege.

Donnerstag, 19. Juni, abends 7 Uhr, Versammlung der Bezirkspfleger und Vorsteher der SPD. von Plagwitz-Lindenau-Schleußig, Klein-Plagwitz, Groß-Plagwitz und Leutzsch in der Aula der 47. Volkshochschule, Plagwitz, Eingang Elisenhofallee. Tagesordnung: 1. Unterstützung der Sozial- und Kleinfamilien. 2. Ortsbesuch über Neuordnung der Bedarfsfrage. Referent Gen. Strieitz. Bitte vollständig zu erscheinen.

Frauen.

Wöhlich-Chrenberg. Mittwoch, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Kindergarten: 1. Bericht der Genossin Kühn von der Reichsfrauentagungsversammlung. 2. Aussprache. 3. Verschiedenes.

Plagwitz-Lindenau. Donnerstag, 19. Juni, 8 Uhr abends, in der Guten Quelle, Ecke Aurelien- und Kanisterstraße: Aussprache über unsern Bahnausflug.

Elternräte.

Bezirk Westen. Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, im Bibliothekszimmer: Wichtige Sitzung. — Sämtliche Schulen müssen vollständig zur Stelle sein.

Kindereunde.

Stötterich. Morgen Mittwoch von 2 bis 4 Uhr Spiele auf dem Turnplatz. Treffen 1/2 Uhr am Weize-Platz. Alle Kinder müssen erscheinen zum Einleiten von Reigen zum Kinderfest.

Arbeiterbildungsinstitut.

Kindereunde-Kursus Schirrad fällt aus. — Kursus Englisch, heute abend 7 Uhr im Hörsaal 20 der Universität.

Wohnungsbau in Leipzig.

Über 1600 neue Wohnungen.

Der Rat der Stadt Leipzig plant, da ihm neue Mittel auf Grund der Mietzinssteuer zugehen werden, noch folgende Wohnungsneubauten:

- 1. 8 viergeschossige Häuser an der Zerbiter Straße in Eutritsch mit 48 Wohnungen
- 2. 2 viergeschossige Häuser an der Heintzstraße in Schönefeld mit 16 "
- 3. 5 viergeschossige Häuser an der Stödelstraße in Schönefeld mit 40 "
- 1 dreigeschossiges Haus an der Stödelstraße in Schönefeld mit 6 "
- 3. 115 Einfamilien-Häuser in Gruppen von 2 und 3 Häusern an der Colmstraße in Stötterich ... 115 "

Zusammen 225 Wohnungen

Dieser Bauabschnitt — der vierte — umfaßt nur große Baugruppen, und zwar handelt es sich bei der Planung 1) um die Fertigstellung der im 3. Bauabschnitt vorgesehenen Bebauung des Blockes in Eutritsch, zu 2) um den Beginn der Bebauung auf dem im Jahre 1922 in E-Schönefeld vom Baumeister Linke erworbenen Gelände, zu 3) um die Errichtung einer Flachbauwohnung für die Gemeinnützige Siedlervereinsung der Kriegsbefähigten und Kriegserholenden Leipziger Stötterich und die Ortsgruppe Stötterich des Allgemeinen Sächsischen Siedlerverbandes. Die Einfamilienhäuser an der Colmstraße werden in Gruppen von 2 und 3 Häusern errichtet. Die Häuser sollen, ähnlich wie in der Siedlung an der Tabakmühle, auf 30 Jahre vermietet werden. Die Baukosten der Wohnungen — ohne den Wert des Grund und Bodens — sind mit 2 324 000 M. angenommen worden. Der Rat hat die Kosten einer kleineren Wohnung im Mehrfamilienhaus (durchschnittlich 62 Quadratmeter) auf 8000 M., einer größeren Wohnung (95 Quadratmeter) auf 10 500 M. und für 1 Wohnung im Einfamilienhaus auf 12 000 M. geschätzt. Danach ergibt sich folgende Berechnung der Baukosten:

- a) 94 kleinere Wohnungen in Mehrfamilien-Häusern 752 000 M.
- b) 16 größere Wohnungen in Mehrfamilien-Häusern 168 000 "
- c) 115 Wohnungen in Einfamilien-Häusern ... 1 380 000 "

Zusammen reine Baukosten 2 300 000 M.

Das gesamte städtische Bauprogramm 1924 hat der Rat nochmals zusammengefaßt. Es umfaßt 1000 Wohnungen und zerfällt in nachstehende vier Bauabschnitte:

Bauabschnitt:	Wohnungen:
1. Bauabschnitt:	
1. 7 viergeschossige Häuser an der Leudart- und Bodestraße in Probitzheim	60
2. 4 fünfgeschossige Häuser am Lühner Plan in Lindenau	40
10 dreigeschossige Häuser am Lühner Plan in Lindenau	90
5 viergeschossige Häuser an der Demmeringstraße in Lindenau	40
20 Reihen-Einfamilien-Häuser an der Kochstr., Deier- und Stieglitzstraße in Schleußig	20
	250
2. Bauabschnitt:	
1. 17 viergeschossige Häuser an der Wöhner, Stein- und Fichtestraße	130
2. 8 viergeschossige Häuser an der Kiebed- und Waldertstraße in Neubitz	64
3. 32 Reihen-Einfamilien-Häuser an der Sträßel IV in Thonberg	32
4. 14 Reihen-Einfamilien-Häuser an der Wulmannstraße in Gohlis	14
	240
3. Bauabschnitt:	
1. 14 viergeschossige Häuser an der Stein-, Wöhner, Fichte- und Altenburger Straße	112
2. 16 viergeschossige Häuser an der Zerbiter und Bohmannstraße in Eutritsch	128
3. 42 Reihen-Einfamilien-Häuser am Gontardweg in Rodau	42
	282
4. Bauabschnitt:	
1. 6 viergeschossige Häuser an der Zerbiter Straße in Eutritsch	48
2. 2 viergeschossige Häuser an der Heintzstraße in Schönefeld	16
5 viergeschossige Häuser an der Stödelstraße in Schönefeld	40
1 dreigeschossiges Haus an der Stödelstraße in Schönefeld	6
3. 115 Einfamilien-Häuser an der Colmstraße in Stötterich	115
	225

Am Mittwoch werden die Stadtverordneten zum Wohnungsbauprogramm Stellung nehmen.

Zunehmende Arbeitslosigkeit!

Eine neue Krise, der sogenannten Kreditnot entspringen, legt schon wieder mit verstärkter Macht ein. Viele Betriebe lassen kurzarbeiten und aussetzen. Entlassungen mehren sich, Neueinstellungen werden nur vereinzelt vorgenommen. Mühen die Arbeiter die Lasten der Inflation tragen, so sollen sie jetzt auch die Schwierig-

keiten der Stabilisierung auf sich nehmen. Dr. Hjalmar Schacht, Hofrat Dr. Weber sowie eine ganze Reihe anderer Kapazitäten der deutschen Wirtschaft sehen wohl die Ursachen dieser Krise, finden jedoch nicht die Lösung des Problems, zu mindert werden nicht Maßnahmen ergriffen, um die Auswirkung der für die Arbeiterschaft verheerenden Krise zu mindern. Schacht empfiehlt: Einschränkung des Inlandsverbrauchs, andere mehr und billigere Arbeit (1) und Senkung der Löhne, (2) um durch Herabsetzung der Exportfähigkeit der deutschen Wirtschaft eine aktive Handelsbilanz zu erzielen. Unbestritten ist, daß Import und Export zumindest balancieren müssen. Unbestritten ist weiter, daß die Preise Deutschlands denen des Auslandes mindestens gleichwertig sein müssen. Die Herren kapitalistischen Volkswirtschaftler sehen eben die Rettung des Kapitals in der Verelendung der Arbeiterklasse. Der Verbrauch der deutschen Arbeiterklasse soll eingeschränkt werden mit den Mitteln: Senkung der Reallohn, Verlängerung der Arbeitszeit für dieselben Löhne, Ausschließung vieler Hände aus dem Produktionsprozeß, Verfolgung der Ausgeschlossenen durch die noch Arbeitenden. Die heutige Form der Erwerbslosenfürsorge bezweckt ja nichts anderes als die Umlegung der Kosten für die Lebenshaltung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter auf die vollarbeitenden Proletarier. So erreicht man, daß der Verbrauch der deutschen Arbeiter (hier: die Gesamtlohnsumme der deutschen Arbeiterklasse) sinkt. Dann braucht man weniger Lebensmittel einzuführen und kann vielleicht sogar welche ausführen. U. a. wird dann auch die Geschäftsaufsicht, die demobilisierende Stille ungesunder Unternehmungen, abgebaut. Die beauftragten Geschäftsleute werden bankrottieren und ihre Waren unter den Hammer kommen. Die Preise werden niedriger sein, aber kein Arbeiter wird einen Vorteil davon haben. Denn die Preisentwertung wird das allgemeine Preisniveau drücken und die Produktion wird eingeschränkt werden, bis die Läger geräumt und die Preise im Steigen sind. Der Preisabbau wird also den Proletarier arbeitslos antreffen. Es ist ein unheilvoller Zirkel, in dem sich die Arbeiterklasse befindet. Falls die Preise, ist er arbeitslos. Hat er Lohn und Verdienst, so steigen die Preise. So notwendig die Aufhebung oder Einschränkung der Geschäftsaufsicht nebst ihrer Folgen ist, muß doch verlangt werden, daß alles getan wird, um die Arbeiterklasse vor dem neuen Elend zu schützen. Die Senkung der Exportfähigkeit der deutschen Wirtschaft mit dem Ziel einer aktiven Handelsbilanz kann ohne die verheerenden Folgen für das Proletariat erreicht werden, wenn die deutschen Kapitalisten anstatt die Kapitalien in in- und ausländischen Labordorten zu verpacken, im Interesse der technischen Vervollkommnung der Betriebe verwenden. Der heutige Stand der Technik und Chemie gestattet bei gleichen Löhnen und achtstündiger Arbeitszeit die Steigerung der Produktion um ein Vielfaches. Weiter kann durch eine geeignete Um- und Durchorganisierung der Betriebe wesentliches getan werden, und wenn noch hinzukommt das Motto: „Großer Umsatz, kleiner Nutzen“, so wird der Zweck voll erreicht. Das Elend einer riesigen Arbeitslosigkeit taucht auf, Aufgabe der Organisationen der Arbeiterschaft ist es, das Gespenst zu bannen. Erste logische Auseinandersetzungen stehen vor uns, die Macht der Arbeiterklasse muß ausgenützt werden, damit das Proletariat nicht unter den Lasten zusammenbricht. Da der Kapitalismus seine andern Methoden als die bisher angewandten kennt, wird der Kampf sich auswaschen, zum Kampf gegen den Absolutismus der Kapitalsherrn. Der Arbeitlosenrat.

„Im Zustande von Bewußtlosigkeit.“

Es ist Mitternacht vorüber. Nachtruhe in allen Straßen. Ein Nachzügler stolpert durch den Peterssteinweg. Im Gefühl, daß er einen ganzen Löschzug kommandieren kann und alles nach seinem Kommando springen muß, aber er vorübergehende Passanten an, die frühzeitig zur Arbeit müssen oder spät von dieser heimkehren. Es entspringt sich ein Wortwechsel. Befehdigungen fallen. Der Führer des Löschzuges geht zum Angriff über. Sachbeschädigung, Beleidigung, Aufstörung und Aufruhr auf der Straße. Laute Rufe nach dem Schutzmänn!

Der Führer des Löschzuges war diesmal an den Unrechten gekommen. Das tapfere Schneidwerk brachte ihn in zwei Gängen zur Erde. Die heilige Hermandad erscheint und bewirkt die Zuführung nach der Wilsa-Wäckerstraße. Bei der Namensfeststellung Hervorkehren des Vergessenen. Auf ordnungsgemäße Fragen über die Personalien ungehörige Bemerkungen des Wachposten gegenüber. Befehdigungen der Polizeibeamten folgen. Bei dem Hin ausweichen aus der Wache und dem Gebäude Auslehnung und Widerstand, der sich bis auf die Straße fortsetzt.

Auf erfolgte Anzeigergestaltung und gestellten Strafantrag durch das Polizeipräsidium erfolgt nach drei Wochen folgender Bescheid: Wegen Beleidigung von mehreren Polizeibeamten.

(Wohlfahrt an den Gerichtsakten)

zu St.-An. XV 698/24. Laut Bescheid vom 20. 5. 24 ist das Erörterungsverfahren gegen den Brand-Ingenieur Wolf eingestellt worden, da er sich nach dem Gutachten des Gerichtsarztes wahrscheinlich in einem Zustande von Bewußtlosigkeit im Sinne des § 51 des R.-Str.-G.-B. befunden hat, dann aber eine strafbare Handlung nicht mit ausreichender Sicherheit nachzuweisen ist.

Staatsanwaltschaft Leipzig. (Unterstützt unleserlich.)

Wir fragen Herrmit Herrn Binger, ob dies gleiches Recht für alle ist? Will Herr Binger diese Handlung eines Untergehenden dulden? Ist Herr Oberstaatsanwalt Schlegel insomiert, daß dies nicht der einzige Fall ist, der so erledigt worden ist? Wir erwarten bestimmt eine Nachprüfung des Beschlusses vom 20. 5. 24 und ein Vorgehen gegen W. Es soll auch nicht das erstemal sein, daß Herr W. ein derartiges Intermezzo gehabt hat!

Weiter richteten wir die Frage an Herrn Oberbürgermeister Dr. Kothke, ob es für die Dienstbereitschaft der Feuerwehr tragbar ist, daß ein Vorgesetzter mit der Befehlsgebung des § 51 weiterhin seinen Dienst verrichten kann? Was denkt, der Herr Branddirektor zu unternehmen? Will er für die Person des W. die Verantwortung übernehmen? Wir erwarten Beantwortung der gestellten Fragen. Bezeichnend ist auch das Gutachten des Herrn Gerichtsarztes. Wer häufig auf dem Gericht zu tun hat, weiß, daß er den Zustand von Bewußtlosigkeit nicht oft gelten läßt. Uebrigens, wie kann ein „Bewußtloser“ die Rufe hören, die Polizei befehdigen und Widerstand leisten? Das ist uns ein großes Rätsel. Es wäre interessant, wenn der Herr Gerichtsarzt der Dessenhaft mitteilen würde, wie er dies Rätsel gelöst hat.

Der neiltige Tiefstand der SPD. In der Luxemburgerfeier der SPD. sollte Scholch sprechen. Er war aber nur als Lokalmittel genannt. Die Anwesenheit bleibt vielmehr der - Straßendauer Hermann. (1) Das ist der völlige Bankrott der SPD. Hermann als getragene Kapazität der SPD. Tiefer geht es nicht!

Bevölkerungswandlungen in Leipzig. Nach dem 23. Wochenauweis des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig fanden in der Woche vom 1. bis 7. Juni 1924 Heftschließungen statt. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug in der Woche vom 25. bis 31. Mai 164, davon 78 Knaben und 86 Mädchen. 33 Lebendgeborene waren weiblicher Abkunft. Totgeborene wurden 5 festgestellt. Gestorben sind in der Woche vom 1. bis 7. Juni 123 Personen, darunter 19 Kinder unter 1 Jahr. Unter den Gestorbenen war die Zahl der männlichen Personen mit 64 etwas größer als die der weiblichen (50). Von den Todesfällen entfielen auf Keuchhusten 11, Tuberkulose 11, Lungen-

entzündung 8, sonstige Krankheiten der Atmungsorgane 1, organische Herzleiden 14, Gehirnschlag 8, Magen- und Darmarterie 3, Krebs 20. 7 Personen erlagen tödlichen Unfällen und 4 erdelten durch Selbstmord.

Unterstützung für Ausseher. Zur Behebung von Zweifeln über die Zahlung von Erwerbslosenunterstützung an Kurzarbeiter und Ausseher wird darauf hingewiesen, daß die Kurzarbeiterunterstützung seit dem 1. April d. J. in Wegfall genommen ist. Ob mit Rücksicht auf die veränderte Arbeitsmarktlage die Kurzarbeiterunterstützung vom Reichsarbeitsminister wieder ausfallen wird, muß abgewartet werden. Die Unterhaltung von Aussehern regelt sich nach folgenden Grundregeln: 1. Arbeiter, die auf unbestimmte Zeit auslesen müssen, können, sofern sie in der der ersten Aussehwache vorausgesehenen Woche kurz gearbeitet haben, die volle Erwerbslosenunterstützung bereits für die erste Aussehwache erhalten. 2. Wird auf unbestimmte Zeit ausgesiebt und ist in der der ersten Aussehwache vorausgesehenen Woche voll gearbeitet worden, so kann erit von der zweiten Aussehwache ab die volle Unterhaltung gezahlt werden. 3. Wird fortlaufend in der einen Woche voll gearbeitet und in der folgenden ausgesiebt, so kann Unterhaltung nicht gezahlt werden. 4. Wird fortlaufend in der einen Woche voll gearbeitet und in der folgenden ausgesiebt, so kann Kurzarbeiterunterstützung fortlaufend mehrere Aussechwachen, so kann nur für auf die erste Aussehwache folgenden weiteren Aussechwachen die volle Unterhaltung gezahlt werden. In allen Fällen, in denen hiernach die Unterhaltung gezahlt werden kann, wird sie ohne Wartzeit gewährt. In den Fällen Ziffer 2, 3, 4 und 6 ist die volle oder Kurzarbeiterunterstützung mit der unmittelbaren auf sie folgenden Aussehwache zusammen als sogenannte Kalenderdoppelwoche anzusehen, für die nur Kurzarbeiterunterstützung in Frage kommen könnte, welche aber nicht gezahlt werden kann, weil eben die Kurzarbeiterunterstützung weggefallen ist.

Falsche Reichsbanknoten über 10 Billionen Mark. Von den in letzter Zeit ausgegebenen Reichsbanknoten über 10 Billionen Mark mit dem Datum des 1. Februar 1924, die ihren Schuß in einem natürlichen Wasserzeichen - Eichenlaub und Kreuzorn in ornamentaler Verarbeitung darstellend - und in den in Papierstoff eingebetteten Wasserzeichen tragen, sind Fälschungen aufgetaucht, die als solche an dem Fehlen oder der mangelhaften Nachahmung der Wasserzeichen - Wasserzeichen und Wasserzeichen - unklar zu erkennen sind. Vor Annahme dieser Fälschungen wird gewarnt. Den besten Schuß vor der Annahme von Fälschungen bietet die Kenntnis des Aussehens und der Beschaffenheit der echten Noten. Für die Aufdeckung von Fälschungsmerkmalen und dahin führende Angaben zahlt die Reichsbank hohe Belohnungen.

Wer fährt mit nach dem Spreewald? Die Bezirksleitung der Sozialistischen Arbeiter-Jugend hat für Sonntag, den 6. Juli, eine Fahrt nach dem Spreewald vorbereitet, an der sich auch Erwachsene beteiligen können. Wir fahren nachts 12 Uhr 10 Min. von Leipzig nach Cottbus. Von dort gehts mit einer Kleinbahn nach Bütz im Spreewald zum Einbooten. In kleinen Rähnen, je sechs Personen fassend, geleitet von Führern, durchqueren wir in fünfzigjähriger Fahrt die malerischen Winkel bis nach Lübbenau. Was es unterwegs an Schönem und Eigenartigem zu sehen gibt, läßt sich hier in kurzen Zeilen nicht schildern. Wer näheres zu hören wünscht, komme in unser Sekretariat, Tauchaer Straße 10/21. Für unsere Jugend, die die Fahrpreisermäßigung genießt, kostet die gesamte Fahrt (natürlich ohne Verpflegung) 7 M., für Erwachsene, die nicht auf den Schein der Jugend fahren können, 12,50 M. Reiseausgaben vor der Fahrt sind gestattet. Wer sich für die Beteiligung entscheidet, möge sich bis zum 30. Juni in unserm Sekretariat melden.

Nachzahlungen für städtische Ruheständler. Die städtischen Beamten im Ruhestande und die Hinterbliebenen von Beamten können vom 16. d. M. an bei ihren Zahlstellen eine Nachzahlung erheben.

Die Leipziger Handelshochschule als Tabakmehlhäus. Von der diesjährigen Leipziger Herbstmesse ab wird auch das im Meißener gelegene Gebäude der Leipziger Handelshochschule für Mehlausstellungszwecke benutzt werden. Mit ihrem Flächenraum von 800 Quadratmetern wird sie der Tabak- und Kautschukrequisiten- sowie Tabakmaschinenmesse als Heim dienen.

Aussteller-Anmeldung für das Leipziger Mehadrückbuch. Für die amtlichen Adreßbücher der vom 21. August bis 6. September stattfindenden Leipziger Herbstmesse läuft die Anmeldefrist am 21. Juni ab. Die noch nicht angemeldeten Firmen wollen umgehend ihre Anmeldung bei der Mehadrückbuchstelle der Verlagsanstalt des Meißens, Leipzig, Markt 4, einreichen, die auf Wunsch Vordrucke überfendet.

Die Verpflegung in den städtischen Krankenhäusern sind vom 15. Juni ab teilweise neu geregelt worden. Sie betragen: a) Erwachsene: Einheimische 3,75 Goldmark; b) Kinder: Saalkranke (Einheimische) 2 Goldmark, Saalkranke (Auswärtige) 3 Goldmark, Mittelklasse (Einheimische) 3,50 Goldmark, Mittelklasse (Auswärtige) 4,50 Goldmark, Privatabteilung (Einheimische) 7,50 Goldmark, Privatabteilung (Auswärtige) 10 Goldmark. Die übrigen Verpflegungsbeträge bleiben wie bisher weiter bestehen.

Stadtschlichtliches Museum. Zum 100. Geburtstag Carl Reinekes ist eine Zeichnung von Anton Lamroth zeitweilig im Musikraum ausgestellt.

Ausflügler nach den Lübschauer Teichen, Achtung! Die Lübschauer Teiche sind seit Ende Mai verpachtet und eine Kantine größeren Stils wurde eröffnet. Der Pächter ist der Stahlhelmhäuptling und Schneidemeister Franz von Brandis. Nicht den Haltenkreuzler seine „Front-Heller“ ausbenten und lehr, wenn es schon nötig ist, im Gasthof Lübschauer ein!

Wirtschaftshochschule. Alter Lehrgang. Am Mittwoch, dem 18. Juni, abends 7-9, Sozialpädagogisches Frauenseminar, Königsstraße 18, Zimmer 32. Beginn des Lehrgangs zur Einführung in die Bilanzkunde (Studenten Hofmann).

Reichsverkauf an der Freibank. Freibank I. Nr. 1701-4000, Freibank II, Nr. 3001-3900. Von 12 Uhr ab freier Verkauf.

Rundfunkprogramm.

Leipzig.

Dienstag, den 17. Juni. 4.30-8 Uhr: Konzert der Hauskapelle, abends 8.15 Uhr: Deutscher Märchenabend. Ernst Hoffmann, Dorothea Langer, Gertrud Langfelder. Märlchen des Schauspielschulhaus. Die Rundfunk-Hauskapelle: Fritz Heimg (1. Violine), Dofar Hallauer (2. Violine), Boris Dobrosmitzloff (Cello), Alex Nemetz (Kontrabaß), 1. Sumerpind: Ouvertüre zu Daniel und Gretel. Die Rundfunk-Hauskapelle: 2. Märchen, erzählt von Gertrud Langfelder; 3. a) Schubert: Der Erlkönig, b) Löwe: Weinselmannchen-Ballade, Ernst Hoffmann; 4. Märchen, erzählt von Gertrud Langfelder; 5. a) Löwe: Der Röd, b) Löwe: Die wandelnde Glocke, Ernst Hoffmann; 6. Märchen, erzählt von Gertrud Langfelder; 7. a) Lange Müller. Die heilsten 3 Könige, b) Hans Herrmann: Die Zwierne, Ernst Hoffmann. Am Blüthner: Friedbert Sammler. Harmonium: Theodor Mannberg, Leipzig. Anschließend Preisverloos.

Mittwoch, den 18. Juni. 4.30-6 Uhr: Konzert der Hauskapelle, 8.15 Uhr: Abendkonzert mit nachfolgendem Programm Fritz Weltmann. Klavierduos: der Leipziger Madrigalchor Leitung Kantor Albert Franz: 1. a) Deliziosa Faust: Jungsbrud, ich muß dich lassen, b) Contadin Kreuzer: Abendfeier über Leipziger Madrigalchor; 2. Beethoven: Mondschöne, Cäs. Wolf, Fritz Weltmann; 3. Moritz Hauptmann: Märlchen über Leipziger Madrigalchor; 4. Schumann: Papillons (Fritz Weltmann); 5. Friedrich Schiller: Porelen über Leipziger Madrigalchor (A. Chopin); 6. Nocturne (F. Liszt); b) Prelude (C. Dur); c) Walzer (A. Dur); Fritz Weltmann; 7. Koffwaffen: a) Rächtelruf, b) Sandmännchen (der Leipziger Madrigalchor). Anschließend Preisverloos.

Aus der Umgebung.

Sitzung des Kreisaußenbüros zu Leipzig.

Den Satzungen über die Anstellungs-Besoldungs- und Rechts-Verhältnisse der Beamten der Stadt Döbeln stimmte man zu. — Ebenfalls fand das Ortsgebot über die Anstellung- und Hinterbliebenenversorgung für die Arbeiter der Stadt Wurzen mit einigen Einschränkungen Zustimmung. — Die Satzung des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Grimma über die Wahl der Abgeordneten zum Bezirksrat, die Satzungen des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Leipzig über die Durchführung der ihm als Bezirksverband obliegenden Aufgaben, sowie Satzungen von gleicher Körperhaft über Vorauszahlung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge wurden ohne Einspruch genehmigt. — Ebenfalls genehmigt wurde das Ortsgebot über die Krankenfürsorge der städtischen Beamten und Angestellten der Stadt Harta. Bei dem vorliegenden Ortsgebot über die Anstellungsverhältnisse der Lehrkräfte verschiedener Lehranstalten in Leipzig war gegen Form und Inhalt des Gegebene nichts einzuwenden. — Von dem Einspruch der Kreisaußenbüros gegen das Ortsgebot über das Bestatigungsverfahren von Marktrankfurt nimmt man Kenntnis. — Da das Ortsgebot über die Totenbestattung von Roswein eine Bestimmung enthält, nach der nur solche Personen in den Genuss der kostenlosen Bestattung kommen, die sich nach dem im Gegebenen Bestimmungen beorderten lassen, erhebt man einstimmig Einspruch. — Der Stadt Strehla wird auf Antrag eine Ausnahmebewilligung von den Vorschriften der Gemeindeordnung genehmigt. — In einer Differenz zwischen Strehla und dem Bezirksverband Oschatz entscheidet man, daß der Bezirksverband Oschatz berechtigt ist, die Getränkesteuer für sich in Anspruch zu nehmen. — Eine Eingabe des Baumeisters Heerde in Marktrankfurt, in der er sich gegen die Umbenennung der Bismarckstraße wendet, wurde abgewiesen. Näherlich wirkte, wie ein Mitglied des Kreisaußenbüros ins Feld führte, Herr Heerde eventuell seine Briefbogen überdrucken lassen, somit sei durch diese Umbenennung eine Geschäftsschädigung eingetreten. — Die Feuer- und Feuerversicherung der Stadt Harta wird nicht beanstandet. — Hinsichtlich der Feuer- und Feuerversicherung von Roswein Einspruch erhoben. — Weiter nimmt man Kenntnis von den Einsprüchen der Gemeindefamern gegen die Gemeindebestimmung der Stadt Oschatz und die von derselben Instanz getroffenen Entscheidungen über die Gemeindeverfassungen von Wurzen und Geringswalde. — Dem Verträge, der zwischen der Stadt Mittweida und dem Bezirksverband Oschatz anlässlich des Ausschusses von Mittweida aus dem Bezirksverband abgeschlossen worden ist, gibt man seine Zustimmung; ebenfalls wird der Gebührenordnung des Bezirksverbandes Döbeln zugestimmt. — Gegen die Steuerordnung des Bezirksverbandes Leipzig über die Erhebung von Verzugszuschlägen und Zinsen wird kein Einspruch erhoben. — Dagegen wird Rekurs eingelegt gegen das Ortsgebot Harta über Erlass von Erwerbseinkünften an Mitglieder der städtischen Körperschaften und Ausschüsse, sowie gegen das Ortsgebot über die Gewährung einer Aufwandsentschädigung, den Erlass von Erwerbseinkünften, sowie die Gewährung von Tagelohnern und Reisekosten in Wurzen. — Der Kreisaußenbüros nimmt Kenntnis von den Einsprüchen gegen das Ortsgebot der Stadt Mittweida über die Wahl, Zusammensetzung und Zuständigkeit der gemischten ständigen Ausschüsse und der Wahl der ehrenamtlichen Mitglieder des Stadtrats derselben. — Von der im Ortsgebot Marktrankfurt vorgeschriebenen Zusammenfassung der gemischten ständigen Ausschüsse, sowie der Beschwerde des Haus- und Grundbesitzvereins Marktrankfurt über die Wahl eines Mitgliedes des Wohnungsausschusses wird ebenfalls Kenntnis genommen. — Eine Beschwerde des sächsischen Gemeindebeamtenbundes, Ortsgruppe Burgstädt, gegen die Gemeindeverfassung Burgstädt wird abgelehnt. — Kein Einspruch wird erhoben gegen das Ortsgebot über die Gewährung einer Aufwandsentschädigung für die unbesoldeten Ratsmitglieder und die Stadtverordneten der Stadt Pegau, ferner gegen das Ortsgebot über die Gewährung von Tagelohnern in Marktrankfurt. — Anschließend fand noch eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Machern. Heute abend 8 1/2 Uhr öffentliche Gemeindeordnungsversammlung im Schilde Gasthof. Tagesordnung u. a.: Aufhebung der Wohnungszwangsgemeinschaft und andre wichtige Punkte. — ma. Teucha. Stadtgemeinderatsitzung. Der Gemeinderat beschließt mit Mehrheit die Entschließung des Kreisaußenbüros zu der SPD-Stadterordnetenfraktion wegen der Wahlen der Stadterordnetenvorsitzer und Bürgermeisterstellvertreter durch die Gemeindefamern entscheiden zu lassen. (Wieweit findet sich nun eine willkürliche Instanz, die den Bürgerlichen recht gibt?) Eine ausgedehnte Debatte entspinnt sich über den zweiten Punkt der Tagesordnung: Strompreiserhöhung zur teilweisen Deckung von Ausgaben für die Wohlfahrtspflege. Vom Finanzausschuss war vorgeschlagen, einen Zuschlag von 7 Pfg. pro Kilowattstunde zu erheben. Der Rat war schon etwas großzügiger und rundete die Sache auf 10 Pfg. nach oben ab. Im Betriebsausschuss wurden aber doch Bedenken laut, daß die Industrie diese Erhöhung nicht so glatt schlucken werde. Der Betriebsausschuss beschließt daher mit Mehrheit, diesen Zuschlag abzulehnen, weil das Experiment für unser Elektrizitätswerk so groß sei. Im Plenum wird nunmehr mit 10 gegen 9 Stimmen dieser Zuschlag auch abgelehnt. Der Bürgermeister erklärte nunmehr, daß die erhöhten Mietbeträge und Ertragsunterstützungen an Erwerbslose und Bedürftige nicht geleistet werden können, weil kein Geld da ist. Nach kurzer Fraktionsberatung wird von der SPD. folgender Antrag eingebracht: „Die in letzter Stadtgemeinderatsitzung beschlossene Rabattsätze an die Industrie werden ausgesetzt, der Strompreis wird um 5 Pfg. erhöht. Die dadurch gewonnenen Mittel werden zu außerordentlichen Unterstützungen verwendet.“ Unser Fraktion schließt sich diesem Antrag an, beantragt aber, die Mittel zu Konto Wohlfahrtspflege zu verwenden. Der Antrag wird angenommen. Die Bürgerlichen hatten zum Teil die Sitzung verlassen, die noch Anwesenden stimmten gegen den Antrag. Der Vorsitzende gibt noch bekannt, daß das Ortsgebot nunmehr die Zustimmung der Aufsichtsbehörde gefunden hat.

Sächsische Angelegenheiten.

Zur Lösung der sächsischen Frage.

Die Verständigungsentscheidung über den sächsischen Parteistreit erhält vorwiegend die organisatorische Seite des Konflikts. Im Grunde ist aber der Streit ein politischer Konflikt. Er ist entstanden aus der verschiedenen politischen Einstellung nicht nur zu den Fragen der sächsischen, sondern auch zu der Reichspolitik. Im besonderen trat das bei der Stellung zur Koalitionsregierung hervor. Die Verständigungsentscheidung bedeutet, daß die Koalitionsregierung bestehen bleibt. Für die bisherigen Taten der Koalitionsregierung trägt die sächsische Partei formell keine Verantwortung, denn die Partei stand nicht hinter dieser Regierung. Trotzdem ist die Partei in der Praxis mit den Taten der Koalitionsregierung belastet worden. Von nun an trägt aber die Partei die Verantwortung für die Koalitionsregierung auch formell. Dabei ist der Partei diese Verantwortung durch den Gang der Ereignisse aufgeladen worden, ohne daß sie vorher hätte festlegen können, unter welchen Bedingungen sie bereit ist, an einer Koalitionsregierung teilzunehmen. Durch den Gang der Ereignisse ist die Partei sozusagen in die Zwangslage gekommen, das Erbe der privaten Politik der 25 Genossen von der Fraktionsmehrheit zu übernehmen. Das läßt sich nicht im Handumdrehen ändern. Aber für

die Dauer ist es natürlich unmöglich, daß die Partei die Verantwortung für eine Koalitionsregierung trägt, ohne daß sie die Bedingungen und Richtlinien für die Teilnahme an dieser Regierung beschließen hat. Daher wird die sächsische Parteigenossenschaft sich erneut mit diesen Fragen beschäftigen und Richtlinien für die Teilnahme an der Koalitionsregierung beschließen müssen.

Diese Richtlinien müssen zum mindesten die wichtigsten Rechte der Arbeiterklasse garantieren und die notwendigen Sicherungen für die Demokratie und für die Republik bieten. Der Achtstundentag in den staatlichen Betrieben muß gewährleistet werden. Der Kampf gegen die antirepublikanische Organisationen, Stahlhelm, Wehrwölfe usw. ist eine unerlässliche Notwendigkeit für die Republik. Wir müssen mehr Festigkeit in der Verwaltung verlangen, mehr Widerstand in dem Kampfe, den die Reaktionskräfte gegen Sozialisten und Republikaner in der Verwaltung führen.

Wir müssen rücksichtslos vorgehen gegen die Reaktion in der Polizei fordern, Lösung von der Vormundschaft des Generals Müller! Wir müssen verlangen, daß sich unsere Minister nicht an solchen Kundgebungen beteiligen, in denen die Industriellen über die Arbeiter triumphieren. Wir müssen verlangen, daß den steuer-schweren Agrariern von der Regierung weniger Entgegenkommen gezeigt wird. Wir müssen der kulturellen Reaktion im Volksbildungsministerium entgegenzutreten. Nicht minder scharf muß unser Widerstand gegen die Reaktion im Justiz- und im Finanzministerium sein. In einer Koalitionsregierung, für die die Partei die Verantwortung trägt, darf nicht das Unbesehene geschluckt werden, was die bürgerlichen Koalitionsparteien verlangen. Andernfalls würde ja die Teilnahme an einer solchen Koalitionsregierung dem Beschluß des Reichsparteitages widersprechen, der in der Resolution Müller bei der Teilnahme an einer Regierung Sicherheit verlangt, „daß die Arbeiterklasse nicht einseitig Opfer zu bringen hat“.

Reichswehrangehörige als Erpreßer.

Infolge der hohen christlichen Feiertage waren bei der Reichswehre zahlreiche Urlaubspässe ausgefüllt worden. Einen solchen hatten auch die erst kurze Zeit bei der Reichswehre befindlichen, dem 18. Infanterieregiment angehörenden, vielversprechenden Popitz und Hapke, aus Jöpen gebürtig, erhalten. Man hatte die beiden mit Waffen auf Urlaub geschickt, wahrscheinlich zur persönlichen Sicherheit? Beide, vor allem aber Popitz, verstanden auf ihre Art diese Waffen zu benutzen. Am 1. Pfingstfesttag, 11 Uhr abends, kommen Popitz und Hapke auf Fahrrädern durch die Ortschaft Hain bei Borna gefahren, natürlich ohne Licht, trotz der herrschenden Finsternis. Wahrscheinlich schloß diesen jungen Leuten das Geld zum Karbidkaufen, oder galten für sie die Gesetze der Republik nicht mehr. Blödsinn hören sie friedliche Bürgerstimmen, Helgen von ihren Fahrrädern ab, ziehen ihre Seitengewehre, halten sie dem Genossen Karwath sen. aus Hain und dessen Schwiegerohn Volkmar aus Großhöfen auf die Brust mit folgender Bemerkung: „Sie sind erkannt, Sie haben uns beleidigt und Sie zahlen dafür sofort 200 Mk. Strafe, oder“ —? Was geschah sollte, beweist außerdem noch der Ausspruch von Popitz: „Es kommt uns gar nicht darauf an, Arbeiterblut fließen zu lassen.“ R. sen. wurde bei diesem Angriff in eine sehr leicht begreifliche Aufregung veretzt, und die beiden großen Reichswehrhelden“ verschwand den schleunigst in der Dunkelheit. Ungefähr 15 Minuten später erlegte sich in der Gaststube des Gasthofes (Wescher Wöllner, Hain) derselbe Erpreßungsversuch an dem Bergarbeiter Ernst Wehnert. Die beiden Reichswehrhelden, die Wölfe stark im Genick, Zigarette stolz zwischen den Lippen, kommen mit einer nicht zu beschreibenden Aufmachung und mit dem Rufe „Hör, jetzt haben wir ihn!“ in die Gaststube herein. Treten an Wehnert heran: „Bitte ihren Namen.“ Auf die selbstverständliche Frage Was warum? erfolgte von beiden fast einstimmig die Antwort: „Sie haben uns beleidigt und dafür haben Sie sofort 200 Mk. Strafe zu zahlen.“ Dem sofortigen Entgegenzutreten unfers Genossen Stadtrat Karwath, Borna, ist es zu verdanken, daß diese beiden abenteuerlichen „Helden“ nicht die sofort verdiente körperliche Strafe erhielten. Unter Mithilfe des Wirtes konnte unser Genosse Karwath die Namen und den Truppen-teil dieser Erpreßer feststellen. Die Erregung war sehr stark und verstärkte sich noch mehr, als kurz nach dem Vorgange in der Gaststube der zuerst geschickte Vorfall noch bekannt wurde. Doch inzwischen hatten sich Popitz und Hapke auf ihre Räder geschwungen und waren entflohen. Die Bevölkerung von Borna und Umgebung erwartet, daß die sonst so ruhige Landespoleizei, die während der Reichswehrexekution gegen Sachen doch großes Verständnis bei der Verhaftung von wirklichen Republikanern zeigte, in Zukunft auch die republikanische Bevölkerung vor deraartigen Gemeinheiten der Reichswehrangehörigen beschützt. Weiter wird mit Bestimmtheit erwartet, daß der Herr Staatsanwalt sich diese Deutschen besonders unter die Lupe nimmt. Ferner wird das Wehrkommando IV in Dresden, das ja auch in Borna die besten aus der Landespoleizei hinausantant hat, sich der dringenden Aufgabe unterziehen und beim Infanterieregiment Nr. 10 in Freiberg diese zwei Ordnungswidrigkeiten hinausbefördern. Es ist unmöglich, daß Leute mit solchem Taten-drang in der Reichswehre Verwendung finden können.

Sächsische Nichtkassen.

Nach den Preisfeststellungen vom 11. Juni 1924 sind vom Statistischen Landesamt folgende Nichtkassen der Lebenshaltungs-kosten (1913/14 = 1) berechnet worden: Gesamtrichtzahl (für Ernährung, Beleuchtung, Heizung, Wohnung und Bekleidung) 1,138 Billionen. Gesamtrichtzahl ohne Bekleidung 1,085 Billionen. Am 5. Juni betrug die Gesamtrichtzahl mit Bekleidungskosten 1,154 Billionen und ohne Bekleidungskosten 1,101 Billionen. Vom 5. bis 12. Juni sind mithin die Preise der bei der Feuerungsstatistik berücksichtigten Güter um 1,4 bzw. 1,5 v. H. gefallen.

Werbau. Im Laufe dieses Jahres wurden bei der hiesigen Polizeibehörde nicht weniger als 254 Kreuzkotten gegen Bezahlung der üblichen Fangprämie abgeliefert, die in den umliegenden Wäldern gefangen worden sind. Es wird für jede abgelieferte Kreuzkotte (mit Kopf) eine Fangprämie von 1 Goldmark ausgezahlt.

Großschönau bei Bauen. Ein blutiges Eifersuchts-drama. Auf dem Nachhausewege vom Tanzsaal überfiel der 26 Jahre alte Spinner Eduard Bürger aus Obergrün in einer Anwandlung von Eifersucht seine Frau, die 19 Jahre alte Samschneiderin Pauline Müller aus Obergrün und brachte ihr in der Absicht, sie zu töten, 22 blutende Wunden mit dem Taschenmesser bei. Als er sich darauf einige Schritte entfernt hatte, suchte das Mädchen sich aufzurichten. Das veranlaßte den Mörder umzukommen und das Mädchen erneut mit dem Messer zu bearbeiten. Darauf verfuhr er, es in den nahen Teich zu werfen. Die Leute hinzukommen, unternahm er einen Selbstmordversuch, der aber mißlang. Der Täter konnte festgenommen werden. Das Mädchen liegt im schwerverletzten Zustande im Krankenhaus.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Meineid wegen einer Kleinigkeit. Wie oft Menschen wegen Randfallen Fallbeil leiteten, sehen in letzter Zeit die vielen Verhandlungen vor den Gerichten. Bei ruhiger Erwägung und Ueberlegung würden es wohl manche unterlassen, oft nur wegen Kleinigkeiten Meineid zu leisten, vor allem auch wegen der harten Strafen. So hatte sich auch neulich wieder vor dem Schwurgericht eine Fabrik-arbeiterbefrau wegen fahrlässigen Fallbeils zu verantworten. In einer Schlägerei hatte die Angeklagte gesehen, daß eine Person verletzt wurde und dies auch anderen Personen wiedererzählt. Im darauffolgenden Prozeß behauptete sie aber das Gegenteil, obwohl eine ganze Anzahl Zeugen andere Aussagen machten. Der Staats-anwalt beantragte wegen Meineid zwei Jahre Zuchthaus. Nach längerer Beratung verurteilte das Schwurgericht die Angeklagte unter Berücksichtigung mildernder Umstände zu vier Monaten Gefängnis.

Sportartikel

Bezirksschwimmfest.

Am 15. Juni fand im Fortuna-Bad Knautzleeberg das Bezirksschwimmfest des 1. Bezirkes der Freien Wasserportvereine Sachsen statt. Bis auf die Bezirksvereine Borna und Pegau waren die Schwimmer und Schwimmerinnen sämtlicher Bezirksvereine nach Knautzleeberg geeilt. Um 1 Uhr trafen sich über 300 Teilnehmer zum gemeinsamen Nach in Großschönauer und zogen mit zwei Kapellen nach dem Bade. Hier wickelte sich das Fest trotz der niedrigen Wassertemperatur (16 Grad Celsius) rasch und sicher ab. Auch diesmal hatten wir Bezirks-schwimmfest-Wetter; kurz vor Schluß setzte ein tüchtiger Regen ein, der einen Teil der zahlreichen Zuschauer vor Schluß des Festes vertrieb.

Das Programm war so zusammengestellt, daß auch die kleinen Bezirksvereine daran teilnehmen konnten. Es ist der Beweis erbracht, daß die Wasserportbewegung vorwärts geht. Jedoch ist noch viel Arbeit zu leisten. Wasserport muß Volkssport werden! Nur 5 Prozent der Bevölkerung kann schwimmen. Hier müssen die Wasserportler Bloniere sein. Jeder Arbeiter müßte schwimmen können. Besonders den Frauen ist es klarzumachen, daß für sie der Wasserport eine ungeheure Bedeutung hat. Gesundheit, Blühen des Aussehen und nicht zuletzt Selbstständigkeit und Selbstbewußtsein erlangen sie im nassen Element. Welch trostvoller Anblick, wenn eine Mutter zusehen muß, wie ihr Kind ertrinkt, nur weil sie nicht schwimmen kann! Darum kommt zu uns und lernt schwimmen! Der gastgebende Verein Knautzleeberg hatte die Vorarbeiten gut erledigt.

Nachstehend die Resultate:

Eröffnungskafette: 4x100 m bestiebig. Erster: Ost 1 6:44; zweiter: Südwest 6:30,4; dritter: Ost 11 6:45,1 — Knabenbrustschwimmen 100 m. Erster: Starke-Nord 2:15,1; ampetier: Winter-Ost 2:17,4; dritter: Tuschiger-Südwest 2:19,1. — Mädchenschwimmen, 50 m bestiebig. Erste: Simon-Vorwärts-Süd 0:55,1; zweite: Stro-Nord 1:3,4; dritte: König-Vorwärts-Süd 1:4,0. — Jungebüchse, 4x50 m bestiebig. Erster: Ost 3:12,4; zweiter: Nord 3:18,0; dritter: Südwest 3:33,1. — Brüstungskafette für Frauen und Mädchen. Erste Leipzig-Ost 1:47,0; zweite: Nord 4:9,1. — Seitenschwimmen, 200 m. Erster: Beyer, H. Südwest 3:34,0; zweiter: Leich-Ost 3:59,1; dritter: Leipzig-Knautzleeberg 3:59,2. — Rücken schwimmen, B-Klasse, 100 m. Erster: Beyer, H. Südwest 1:43,0; zweiter: Wille-Schönau 1:45,0; dritter: Leipzig-Knautzleeberg 1:50,1. — Frauenkafette, 4x100 m. Erster: Südwest 6:19,4; zweiter: Ost 11 6:35,1; dritter: Ost 11 7:19,1. — Jugendbrustschwimmen, 100 m. Erster: Magering-Ost 1:37,0; zweiter: Körner-Vorwärts-Süd 1:44,4; dritter: Blicher-Grimma 1:48,1. — Brüstschwimmen, B-Klasse, 100 m. Erster: Grenz-Dürrenberg 1:44,4; zweiter: Gersa-Triebeln 1:49,1; dritter: Wille-Schönau 1:49,3. — Frauen- und Mädchenschwimmen, 100 m. Erste: Dorn-Knautzleeberg 1:58,0; zweite: Gramena-Altenar, 1:58,1; dritte: Edart-Nord 2:22,3. — Wasserballmeisterschaft: Zielwurz, Weilmann, 50-m-Ballbüchse, Mannschaften: 1. Tuschmann, 83 Punkte; 2. Leipzig-Ost 74 Punkte; 3. Wille-Ost 63 Punkte. — Erbrunde zur Bezirks-Wasserballmeisterschaft. Mannschaften: Leipzig (Jugend) — Vorwärts-Leipzig-Süd (Jugend) 4:0 für Leipzig. U. S. J. Leipzig 1 — Vorwärts-Süd 1:10:0 für Leipzig.

Schwimmleiterprüfung. Die örtliche Unteruchung fand am Donnerstag, dem 19. Juni, abends 7 Uhr, im Bundeshaus, Richterstraße 36, statt.

Sportklub Ost-Bilora OS 1:2.

Beide Mannschaften mit Erfolg spielend, führten trotz der unglücklichen Witterung ein schönes Spiel vor. Nur sollte man belächeln in der Hitze des Kampfes die lauten Zurufe unterlassen! Spielverlauf: Viktoria nur mit 10 Mann spielend, muß sich bald durch zu zeitiges Einwerfen ihres Torwartes ein Tor gefallen lassen. Der heftige Wind läßt von beiden Mannschaften eingeleitete Angriffe nicht zur Geltung kommen. Eine gute Stunde hat B in seinem linken Verteidiger, der jeden Angriff des Ostmannes zurück macht. Leider verfehlt es die Stürmerreihe nicht, ihre schon vorhergebrachten Kugeln zu verwerten. Ein Vorstoß des Grünweihen Rechtsaußen landet nach schönem Lauf in den Händen des Torwarts. Kurz darauf hat der rechte Spieler nochmals Gelegenheit für seine Farben einen Erfolg zu erzielen, doch nicht jeder Schuß landet im Netz. Während einhender Regen bringt eine unvorhergesehene Pause. Der Wiederantritt sieht Viktoria etwas überlegen spielend, und diese erzwingt bald einen Erfolg. Der rechte Spieler Ost bringen dem Spiel nicht mehr das nötige Interesse entgegen, ihre Verteidigung hat reichlich Arbeit. Zu einem blühigen Tor kommen die Gäste, nachdem ein Verteidiger durch sein Böckern den Ball hat über sich bringen lassen; der Ball wird freilich eingeleitet. Aufstrebende Gewitter machen ein Weiterspielen unmöglich.

Berjamungskalender.

Dienstag, den 17. Juni.

E. S. U. (Einheitsverb. sozialist. Unternehmer), Volkshaus 8 Uhr. Metallarbeiter Schiedsb. Bahnhofshotel 8 Uhr. Metallarb.-Verband (Lehrlinge d. Großindustrie), Volkshaus 1/8 Uhr. Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.



RIQUET
Mammut-Kakao
DER FETTREICHE

Ladenpreis
500 g Dose extra (etwa 27% Fett) M 2.90
500 g Paket fein (etwa 25% Fett) M 2.00

Einzig ist Riquet Mammut-Kakao, einzig, wie seit 1745 die Tee-Marke: RIQUET.

Nur in Original-Packungen, niemals lose.